Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg



Die revolutionären Ereignisse in Kiel als Ausgangspunkt und Zentrum der Novemberrevolution 1918/19 wurden oft und detailliert beleuchtet. Das gilt in jüngster Zeit insbesondere für die zahlreichen Gedenkveranstaltungen, journalistischen Beiträge und wissenschaftlichen Publikationen aus Anlass des hunderts-

ten Jahrestages.² Hingegen ist die Geschichte der Revolution in der Schleswig-Holsteinischen Provinz in regionalgeschichtlichen Aufsätzen zumeist lokal eng begrenzt dargestellt worden.³ Das gilt auch für die jüngste Publikation über die Vorgänge in Preetz unweit von Kiel, in der ein detailliertes Protokollbuch des örtlichen Arbeiterrates ausgewertet werden konnte.⁴ Eine etwa dreißig Jahre alte Arbeit über Ostholstein hat vor allem Neustadt in Holstein im Fokus und die Ereignisse auf dem Land sind zumeist nur skizzenhaft beschrieben.⁵

Mit der vorliegenden Studie wird versucht, den gesamten Kreis Segeberg in den Blick zu nehmen und erstmals ein in sich geschlossenes ländliches Gebiet ausführlich zu betrachten. Sie geht vor allem der Fragestellung nach, ob die mit der Novemberrevolution in Verbindung gebrachte Alternative und Richtungsentscheidung – Räterepublik oder parlamentarische Demokratie? – auch in der zwischen den Revolutionszentren Kiel und Hamburg gelegenen Provinz eine zentrale Rolle in der politischen Auseinandersetzung spielte. Beleuchtet werden Entstehung, Zusammensetzung, Arbeitsfelder und Tätigkeitsschwerpunkte der regionalen Rätebewegung sowie ihr Ende nach der Etablierung kommunaler parlamentarischer Vertretungen.

Archivalische Quellen für eine derartige Darstellung, die ein hinreichend lückenloses und chronologisches Bild über die Vorgänge im Kreis Segeberg zeichnen, sind nur begrenzt vorhanden. Die bekannten Archive in Schleswig, Bad Segeberg, Bad Bramstedt und Kaltenkirchen haben kaum verwertbares Material zur Regionalgeschichte unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg. Unterlagen der SPD oder gar ein Protokollbuch wie in Preetz sind nicht auffindbar. So stützt sich die vorliegende Arbeit im Wesentlichen auf die Berichterstattung regionaler Tageszeitungen, die dazu bisher kaum ausgewertet worden sind.

Im Kreisgebiet wurden vier Heimatblätter gelesen: das im Volksmund "Kreisblatt" genannte "Segeberger Kreis- und Tageblatt" – so hieß damals die heutige "Segeberger Zeitung" –, die Bramstedter Nachrichten aus der Rolandstadt, die örtliche "Kaltenkirchener Zeitung" sowie die "Kaltenkirchener Nachrichten" aus dem preußischen Blankenese.

Sie waren gleichermaßen in der Zeit vor, während und noch bis zum Ende des Ersten Weltkrieges stramm national und kaisertreu, hatten die Sozialdemokratie über viele Jahre heftig bekämpft und sich als uneingeschränkte Stütze von Monarchie, wilhelminischem Obrigkeitsstaat und preußischem Militär ge-

Gerhard Braas: Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg 1918/19

Krisenbewältigung anstatt Umsturz in der schleswigholsteinischen Provinz

1 Zahlreiche bibliographische Angaben zur Novemberrevolution in Kiel finden sich bei: Uwe Danker, Revolutionsstadt Kiel. Ausgangsort für die erste deutsche Demokratie. In: Demokratische Geschichte, Bd. 25, 2014, S. 285-306. Siehe dazu auch: Robert Bohn und Uwe Danker. Vom Matrosenaufstand in Kiel zur Deutschen Revolution. Quellen, Perspektiven und Handlungsspielräume. In: Demokratische Geschichte, Bd. 28, 2017, S. 11-106 (Bohn/Danker, Matrosenaufstand). Siehe dort auch zum aktuellen Forschungsstand. 2 Vgl. z.B.: Die Stunde der Matrosen. Kiel und deutsche Revolution 1918. Herausgegeben von Sonja Kinzler und Doris Tillmann. Darmstadt 2018; Martin Rackwitz, Kiel 1918: Revolution — Aufbruch zu Demokratie und Republik. Kiel 2018; Bohn/Danker, Matrosenaufstand. 3 Val. die allesamt in der "Demokratischen Geschichte" erschienenen Aufsätze: Rolf Schulte, Revolution in der Provinz: Eckernförde 1918. Bd. 2, 1987, S. 93-114; Robert Huhle, Der Präsident. Zur Rolle des Schneiders Rudolf Topff als Vorsitzender des Sonderburger Soldatenrates 1918. Bd. 2, 1987, S. 163-171; Wolfgang Blandow, "Die unerhörten Treibereien des Rubach" - Ein Beitrag zum Verhalten des Arbeiterrates in Wentorf. Bd. 3, 1988, S. 259-267; Edward Hoop, November 1918 - Die Revolution in Rendsburg. Bd. 3, 1988, S. 269-275; Christopher Andresen, Arbeiter- und Soldatenräte in Flensburg 1918/19. Bd. 18, 2007, S. 9-44; Alfred Heggen, Neumünster im Ersten Weltkrieg. Schlaglichter von der Heimatfront in Text- und Bildquellen. Bd. 25, 2014, S. 103-120 (Heggen, Neumünster).





sweites Segeberger Kreis= und Tageblatt.

Thronentsagung Raiser Wilhelm II. und des Kronpringen.

BEB. Grobes hauptquartier,

Eilmeldung im Segeberger Kreis- und Tageblatt vom 10.11.1918: Das Ende der Monarchie

zeigt. Sozialdemokratische Zeitungen mit einer Berichterstattung über den Kreis Segeberg gab es nicht.

So wundert es nicht, dass die vier genannten Tageszeitungen den aus ihrer Sicht bedrohlichen Ereignissen in Kiel und in der Provinz ablehnend, distanziert und im besten Fall abwartend gegenüberstanden. Mit dieser Haltung und bisweilen auch mit persönlichen Einlassungen und Befindlichkeiten der Redakteure berichteten sie allerdings zeitnah am Geschehen und sehr ausführlich über die lokalen Ereignisse. Amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen in der genannten Tagespresse sind beinahe die einzigen Dokumente, die von den lokalen Räten selbst verantwortet wurden und überliefert sind.

1918/19. Revolutionäre Politik zwischen Sozialdemokratie und Kommune. In: Demokratische Geschichte, Bd. 28, 2017. S. 107-164. 5 Hans-Heinz Brandt, Der Freiheit eine

4 Rainer Gehrke: Der Preetzer Arbeiterrat

Gasse - Erste demokratische Anfänge 1918 bis 1921 im Landkreis Oldenburg in Holstein. In: Demokratische Geschichte, Bd. 2, 1987, S. 117-161.

6 Die im Stadtarchiv Bad Bramstedt vorhandenen Sitzungsunterlagen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Fachausschüsse sind lediglich Kurz- und Ergebnisprotokolle: Stadtarchiv Bad Bramstedt, Az.A.b.00-6, Protokollbuch der Stadtverordnetenversammlungen und Akte 54, Protokollbuch der Lebensmittelversorgungskommission (StABB, Az.A.b.00-6 u. Akte 54).

7 Gerhard Braas, Der Hungerwinter 1916/1917 in Kaltenkirchen. In: Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. Mitteilungen 93. Oktober 2017. S. 14-21. Weblink: http://www.geschichte-s-h.de/wp-content/uploads/2017/11/Mitteilungen93. pdf. Alle Webaufrufe am 22.12.2017.

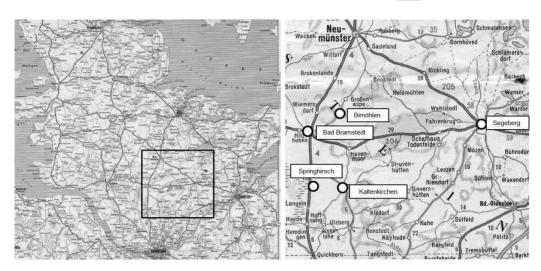
1. Kriegsende. Die schlechte Lebensmittelversorgung mit dem Steckrübenwinter 1916/17 als Höhepunkt der Krise⁷, Entbehrungen und Krankheiten aufgrund von Mangelerscheinungen, die Folgen der Ausbreitung der "Spanischen Grippe" sowie akuter Brennstoffmangel bestimmten bei Kriegsende den Alltag der Bevölkerung auch des Kreises Segeberg. Die Menschen waren durch die militärische Niederlage traumatisiert und von den auf den Straßen sichtbaren Auflösungserscheinungen zusätzlich verunsichert.

Im Folgenden wird die Situation im Kreis Segeberg bei Kriegsende dargestellt und es wird aufgezeigt, welche Voraussetzungen und Bedingungen dort für die von der Novemberrevolution ausgehenden Impulse bestanden.

Soldaten-, Arbeiter- und Bauernräte in der Provinz. Die lokalen Organisationen in der Provinz entstanden weder spontan noch aus eigenem Antrieb, sondern waren Ergebnis zentraler Entscheidungen und Initiativen.

Am 7. November 1918 forderte der Kieler Arbeiter- und Soldatenrat als "Provisorische Provinzialregierung für Schleswig-Holstein", ihn durch die Bildung regionaler Räte zu unterstützen: "Wo Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz noch nicht bestehen, rufen wir die Bevölkerung von Stadt und Land auf, unserem Beispiele zu folgen und sich geschlossen hinter die neue Volksregierung zu stellen." Ziel sei "die freie, soziale Volksrepublik", zunächst gehe es aber darum, "den Frieden zu sichern und die Schäden des Krieges zu





heilen". Dafür sei der Rat "gewillt, mit der gesamten Beamtenschaft, sofern sie sich dem neuen Kurs unterstellt, in bisherigen Formen zusammen zu arbeiten".⁸

Zentren der Rätebewegung im schleswigholsteinischen Kreis Segeberg 1918/1919

Kooperation mit dem alten kaiserlichen Machtapparat und ordnungspolitische Maßnahmen waren die von den revolutionären Organen ausgegebenen Tagesaufgaben.

Vordringlich war hierbei die Sicherstellung der Ernährung, da die Bevölkerung durch die jahrelange Lebensmittelknappheit weiter hungerte und ausgezehrt war. Daher erließ die "neue deutsche Reichsregierung", wie sich der Berliner "Rat der Volksbeauftragten" selbst nannte, am 12. November 1918 einen "Aufruf an die deutsche Landbevölkerung" zur unverzüglichen Bildung von Bauernräten.⁹ Dieser Appell, der sich an "Bauern, Landarbeiter, Handwerker und Gewerbetreibende auf dem Lande" richtete, entsprach einer "förmlichen Garantie gegen eine revolutionäre Veränderung der agrarischen Besitzverhältnisse"¹⁰, gewährleistete aber eine Fortführung der Politik staatlicher Kontrolle der landwirtschaftlichen Produktion und ihrer Verteilung.

Drei inhaltliche Kernpunkte des Berliner Aufrufs bestimmten die zeitgenössische Diskussion:

- Sicherung der Volksernährung, insbesondere durch die Ablieferung der erforderlichen Lebensmittelmengen;
- Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung;
- Aufrechterhaltung der Produktion in den landwirtschaftlichen Betrieben.¹¹

In der Provinz mit zahlenmäßig schwacher Arbeiterschaft waren die Bauernräte "die ländlichen Parallelen zu den Arbeiter- und Soldatenräten"¹² und damit deren Standbein auf dem Lande. Arbeiter- und Bauernräte handelten dort gemeinsam und befanden sich häufig im Spannungsverhältnis mit den auf ihren Posten gebliebenen Eliten des Kaiserreichs. Unangetastet blieben der Behördenapparat aus Gemeinde-, Amts- und Stadtverwaltungen, die Landratsämter und das Regierungspräsidium in Schleswig sowie die nach dem alten preußi-

- **8** Kaltenkirchener Nachrichten (KaN), 9.11.1918; Kaltenkirchener Zeitung (KaZ), 10.11.1918.
- **9** Segeberger Kreis- und Tageblatt (SKT), 14.11.1918.
- 10 Wolfram Pyta, Die Weimarer Republik. Beiträge zur Politik und Zeitgeschichte. Opladen 2004, S. 27.
- **11** KaZ, 19. u. 21.11.1918.
- 12 Heinrich Muth, Die Entstehung der Bauern- und Landarbeiterräte im November 1918 und die Politik des Bundes der Landwirte. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 21. Jg. 1973, Heft 1, S. 1-38, S. 21 (Muth, Entstehung).





Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg

schen Dreiklassenwahlrecht gebildeten Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen.¹³

Unverstandene Niederlage. Die zensierte Presse informierte über das Kriegsgeschehen nur durch amtlich bestätigte Meldungen und ließ damit bis zum Kriegsende die Öffentlichkeit über die tatsächliche Lage an der Front und militärische Entwicklungen im Unklaren. Gerüchte zu Überläufern, Befehlsverweigerungen und Sabotage wurden gemeinhin als "Bosheiten" von "schwatzhaften Memmen" und "Waschweibern" abgetan – ganz im Sinne des herrschenden Frauenbildes. Als Gegenmittel wurden die "Prügelstrafe" und eine "kräftige Maulschelle" empfohlen.¹⁴

Erst am 6. November 1918 – etwa eine Woche nach den ersten Meutereien der Matrosen – erreichten aktuelle Berichte von den Ereignissen in Kiel erstmals die ländliche Bevölkerung im Kreis Segeberg, die davon völlig unvorbereitet getroffen wurde. Nichts hatte in der Berichterstattung der Lokalblätter darauf hingedeutet: SPD-Staatssekretär Philipp Scheidemann, dessen Partei gerade in die Regierung eingetreten war, hatte zur Kriegsanleihe aufgefordert – "Wer Geld hat, der zeichne!"¹⁵ –, die Kriegervereine hatten den Kaisergeburtstag im kommenden Januar vorbereitet¹⁶ und Kinovorführungen, Veranstaltungen mit Unterhaltungsmusik und Tanz sowie Landwirtschaftsauktionen hatten ein Bild scheinbarer Normalität gezeichnet.¹⁷

Deutlich ablehnend kommentierte das "Segeberger Kreis- und Tageblatt" die "Kieler Ausschreitungen" zunächst als "bedauerliche Ereignisse."18 In den Folgetagen waren die regionalen Zeitungen gefüllt mit detaillierten Reportagen über die "Kieler Unruhen" Anfang November und die Ereignisse in den anderen Städten Schleswig-Holsteins. 19 Erst im Zusammenhang mit dem Waffenstillstand gab es erste Erklärungsversuche und Schuldzuweisungen für die militärische Niederlage, die in erster Linie als niederschmetternd empfunden wurde. Die "Kaltenkirchener Nachrichten" beschrieben die Gefühlslage unmittelbar nach Einstellung der Kampfhandlungen: Es "waren keine Tränen der Freude, es waren Tränen der Trauer, die wir in jener Stunde weinten! Denn wir mussten uns diesen Waffenstillstand unter Bedingungen erkaufen, die wie ein Faustschlag in unser Gesicht wirkten. Wir bluteten aus tausend Wunden."20 Die "Kaltenkirchener Zeitung" erweiterte den Kreis der für die Niederlage Verantwortlichen: "Das deutsche Volk fühlt sich entsetzlich gedemütigt von den Feinden, belogen, verraten und verkauft von den schuldigen Diplomaten, ungeeigneten militärischen Einrichtungen, die die heldenhaften Söhne des Volkes auf die Knie zwangen, was die Feinde nicht vermocht hätten, von den erbärmlichen Wucherern und Schiebern, die aus der Not und dem Hunger des Volkes heraus Reichtümer, Sündengeld, Blutmammon erworben haben."21

Als kurz darauf die ersten Soldaten von der Front zurückkehrten, fanden in vielen Ortschaften sogenannte "Begrüßungsfeiern" statt. "Heimkehrende Krieger" wurden Ende November 1918 in Bad Bramstedt wie die wahren Gewinner empfangen: "Sie kommen

13 Zu Entstehung und Hintergründen des Berliner Aufrufs vgl. insgesamt Muth, Entstehung. Vgl. auch Günther Wagner, "Ruhe und Ordnung auf dem Lande." Zur Entstehung und Organisation von Bauern- und Landarbeiterräten im Kreis Warburg während der Revolution von 1918/19. In: Westfälische Zeitschrift 146, 1919, S. 313-329 (Wagner, Ruhe). Weblink: http://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/txt/wz-6272.pdf. Vgl. ferner Gerhard Stoltenberg, Politische Strömungen im Schleswig-Holsteinischen Landvolk 1918-1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik. Herausgegeben von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Düsseldorf 1962, S. 24-30 (Stoltenberg, Strömungen).

14 KaN, 21.8.1918.

15 KaN, 22.10.1918; KaZ v. Bramstedter Nachrichten (BN), 24.10.1918.

16 KaN, 29.10.1918; SKT, 30.10.1918; KaZ, 31.10.918.

17 KaZ, 17.10.1918; BN, 19. u. 26.10.1918; KaN, 17.10. u. 1.11.1918.

18 SKT, 6.11.1918.

19 KaZ, 7.11.1918; Vgl. KaZ, 9. u. 10.11.1918 sowie SKT, 7., 8. u. 9.11.1918.

20 KaN, 12.11.1918.

21 KaZ, 12.11.1918.



Gerhard Braas Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg

heim, nicht siegreich und dennoch siegreich, ungeschlagen ist unsere Armee, in mustergültiger Ordnung geht der Rückmarsch vor sich. Heer und Marine sind unbezwungen, innere Unruhen, Konflikte und Wirrnisse haben das Ende des Krieges herbeigeführt."22 Auch habe "ein langes Sündenregister" der in der Heimat begangenen "Freveltaten" dort "tiefe klaffende Wunden" hinterlassen.²³ Es dauerte somit nur wenige Wochen, bis der Grundstein für die Dolchstoßlegende gelegt werden konnte.

Unsicherheit auf den Straßen. Mit dem Zusammenbruch des Kaiserreichs Anfang November 1918 zeigten sich in der Öffentlichkeit deutliche Auflösungserscheinungen.

Am 7. November stellten die Beschäftigten der Munitionsfabrik "Germania" im nördlich von Quickborn gelegenen Ellerau die Produktion ein und wollten eine Entscheidung des Arbeiter- und Soldatenrats zur Weiterarbeit abwarten. Das war im Kreis Segeberg die erste Zeitungsmeldung zu einem lokalen Ereignis als Reaktion der "Soldaten- und Arbeiterbewegung" auf die Kieler Ereignisse. "Sonst ist hier alles ruhig", fasste die "Kaltenkirchener Zeitung" die Lage zusammen.²⁴

Doch das änderte sich schnell. Die Presse berichtete in den Folgetagen über "die Bewegung des Umsturzes des bisherigen militärischen Systems" – Unterbrechungen des Eisenbahnverkehrs, Beschränkungen des privaten Telefondienstes, auffallend viel Militär im Straßenbild, Soldaten im Urlaub ohne hoheitliche Abzeichen auf den kaiserlichen Uniformen, Drohbriefe an Landwirte aufgrund von ihnen verlangter Wucherpreise sowie verstärkte "Lebensmittelhamsterei."²⁵

Auswärtige revolutionäre Soldaten, die sich als "Revisionskommando" in den Ortschaften einquartierten²6, beschlagnahmten in unkoordinierten Aktionen Nahrungsmittel, Reitpferde und Fuhrwerke und führten Razzien in den Orten sowie auf den Haltestellen der "Eisenbahn-Gesellschaft Altona-Kaltenkirchen-Neumünster" (AKN) durch.²7 Auf den Bahnhöfen in Kaltenkirchen und Ulzburg konfiszierten Marinesoldaten die komplette Hamsterausbeute – "und es war nicht wenig." Erstmals zeigte die Presse Mitgefühl mit den weit angereisten Städtern, die "im Schweiße ihres Angesichts das Ergatterte bis zur Bahn auf dem Rücken heranschleppen" mussten. Politische Motive standen nicht im Vordergrund: "'Wir haben', so sagten die Soldaten, 'nun über vier Jahre hungern und darben müssen, jetzt kommen andere dran'."²8

Diese unruhige Lage verschärfte sich durch tausende Kriegsgefangene. Viele von ihnen waren auf Bauernhöfen beschäftigt, darüber hinaus existierten im Kreis Segeberg während des Ersten Weltkrieges drei große Lagerkomplexe: in Springhirsch westlich von Kaltenkirchen, in Bimöhlen östlich und in Lentföhrden südlich von Bad Bramstedt. Lentföhrden wurde allerdings nach und nach auch zur Internierung deutscher Zivilgefangener genutzt. Seit dem Waffenstillstand feierten vor allem britische Kriegsgefangene, die in Springhirsch inhaftiert waren, wochenlang mit Ausgelassenheit und

22 BN, 30.11.1918.

23 KaN, 4. 12.1918.

24 KaZ, 9.11.1918.

25 KaZ, 9.11.1918; BN, 9.11.1918.

26 KaZ, 19.11.1918.

27 Leo Beckmann: Mooradministrator in Lentföhrden 1915 bis 1920. Aus den Lebenserinnerungen des Max Reischel. In: Heimatkundliches Jahrbuch für den Kreis Segeberg 1988. Weblink: http://gemeinde-lentfoehrden.de/?p=122; KaZ, 9.11.1918; KaN, 23.11.1918; KaZ, 9.11.1918; KaN, 23.11.1918.

28 KaZ, 19.11.1918.





Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg

Trubel auf den Straßen. Sie hatten jetzt weitgehende Bewegungsfreiheit und erforschten die umliegenden Ortschaften wie Kaltenkirchen, Lentföhrden, Barmstedt und Bad Bramstedt. Sie trieben einen regen Handel mit der einheimischen Bevölkerung, aber es kam auch zu Ausschweifungen, Alkoholexzessen und zu Streitigkeiten bei Tanzveranstaltungen.²⁹

Nach Abzug der Briten Mitte Dezember 1918 bot sich auf den Straßen weiterhin das gewohnte Bild. Jetzt war auch die einheimische Jugend beteiligt, wie die hiesige "Kaltenkirchener Zeitung" voller Ärger berichtete: "Unruhe auf den Straßen herrscht in letzter Zeit in unserm Orte. Johlend, musizierend und singend ziehen Gefangene und junge Leute umher und man merkt nichts von der Landestrauer um unsere gefallenen Helden, die geplant war. Dieser Radau auf den Straßen wirkt im höchsten Grade anstößig."30 Im Fokus standen nun die russischen Kriegsgefangenen, die nun in Springhirsch interniert waren und nur sukzessive nach Sowjetrussland ausreisen durften. Ihnen wurde insbesondere die ansteigende Kriminalität angelastet: "Die Unsicherheit auf dem Lande nimmt in erschreckendem Maße zu. Man glaubt, dass die zahlreichen Diebstähle und Einbrüche auf die sich herumtreibenden Gefangenen zurückzuführen sind."31 So kam es immer wieder zu Reibereien und Konflikten mit der einheimischen Bevölkerung in Kaltenkirchen.

2. Rütebewegung im Kreis Segeberg. Im Folgenden wird herausgearbeitet, wie unter den oben dargestellten Bedingungen und Voraussetzungen die von der Novemberrevolution ausgehenden Impulse im Kreisgebiet aufgegriffen und umgesetzt wurden. Es wird dargestellt, wo Rätegremien entstanden, welche unterschiedlichen Erscheinungsformen sie hatten, welche Programmatik und Zielsetzungen sie verfolgten und wie sie sich im Zeitablauf entwickelten.

Soldatenräte der Kriegsgefangenenlager in Bimöhlen und Springhirsch. In Holstein, Hamburg und Nord-Hannover war das "Königlich Preußische I. Landsturm Infanterie-Bataillon Flensburg" für die Bewachung der Kriegsgefangenen zuständig. Die 3.200 Mann starke Einheit, die zum IX. Armeekorps Altona gehörte, bildete in Neumünster ihren zentralen Soldatenrat: "Zur rechtsverbindlichen Vertretung des Soldatenrates sind die Kameraden Kröger und Jordan berechtigt."³²

Vor dem 9. November 1918 konstituierte sich in Bimöhlen ein Soldatenrat als erster Ableger der Rätebewegung im Kreis Segeberg. Er wurde von der zentralen Organisation in Neumünster ausdrücklich anerkannt und trat mit politischen und programmatischen Aussagen an die Öffentlichkeit.

Der – namentlich nicht bekannte – Vorsitzende erläuterte auf einer Versammlung in Bad Bramstedt am 9. November die Hauptziele der Bewegung: "Sturz des Hauses Hohenzollern, die Schließung des Herrenhauses und die schnelle Herbeiführung des Friedens." Aus Neumünster sei der Auftrag erteilt worden, Einfluss auf die als Verkehrsknotenpunkt bedeutsame Stadt Bad Bramstedt zu nehmen: "Denn es sei nicht ausgeschlossen, dass eine Gegenbewegung ein-

29 Die Ereignisse bei Kriegsende sind detailliert dargestellt bei Gerhard Braas, "Kaltenkirchen bleibt unvergessen!" — Das "erste" Kriegsgefangenenlager Kaltenkirchen-Springhirsch 1915 - 1920. Manuskript 2018 (Braas Kriegsgefangenenlager). Die Darstellung erscheint in den Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte beim Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V. (AKENS).

30 KaZ, 17.12.1918.

31 KaZ, 5.12.1918. Vgl. KaZ, 15.3.1919.

32 KaZ, 17.11.1918.

Gerhard Braas Novembe

Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg



geleitet werde, und Bramstedt sei nach seiner Lage sehr gut geeignet als Ausganspunkt für eine solche. Deshalb hätten sie die öffentlichen Gebäude am Orte unter Kontrolle genommen."

Die Sicherung der Stadt und die Aufrechterhaltung der Ordnung übergab der Bimöhler Rat in die Obhut der Bramstedter Bevölkerung und widmete sich seiner Hauptaufgabe, "der Überwachung der ihm unterstellten 2000 Gefangenen, die in straffer Zucht gehalten werden müssten". Im Vordergrund standen Stabilisierung und Beruhigung der Lage, damit "alles seinen gewohnten Gang gehe" und alles ohne Gewaltanwendung "in Güte zu regeln" sei.33

Der Bimöhler Soldatenrat oder unter roter Flagge durchziehende revolutionäre Soldaten gaben Anfang November 1918 vermutlich den Anstoß, im Kriegsgefangenenlager Springhirsch bei Kaltenkirchen ebenfalls einen eigenen Soldatenrat zu bilden.³⁴ Er wurde von den 130 noch verbliebenen deutschen Wachleuten gewählt – offenbar am 9. November 1918 –, nachdem sich am Vortag nach Bestätigung des Waffenstillstandes ein Großteil von ihnen davongemacht hatte.³⁵ Im Segeberger Kreis-und Tageblatt hieß es dazu voller Furcht, dass "nun die Umsturzwoge auch zu uns herüberschlug".³⁶

Lagerkommandant Hansen, der erst kurz im Amt und bei seinen Mannschaften offensichtlich beliebt war,³⁷ behielt daher die Führung des mit etwa 1.500 britischen Unteroffizieren belegten Lagers. Der Soldatenrat verzichtete auf eigene Machtbefugnisse und beschränkte sich darauf, als beigeordnetes Gremium die Anordnungen des Kommandanten gegenzuzeichnen, ihn zu beraten und Verantwortung mitzutragen.³⁸ Nach außen vertrat Landsturmmann Dietrich den Soldatenrat.³⁹ Damit "geht dort alles in tadelloser Übereinstimmung zwischen Mannschaften und Vorgesetzten geordnet zu".⁴⁰

Foto aus dem Kriegsgefangenenlager Bimöhlen vom Juli 1918: Wachmannschaften der 5. und 8. Kompagnie des ersten Flensburger Landsturm-Infanterie-Bataillons bildeten dann den ersten Soldatenrat im Kreis Segeberg.

33 KaZ, 12.11.1918. Vgl. SKT, 13.11.1918.

34 Vgl. hierzu Braas Kriegsgefangenenlager. Vgl. auch zum Folgenden.

35 Bericht aus Andrew's Archives: https://andrewsarchives.com/tag/spring hirsch-pow-camp/; Private Papers of A.E. Mead, Imperial War Museum Collection 17232, aus den Unterlagen von Andrew Palmer, Geelong, Australien (Tagebuch Mead), 6. u. 9.11.1918.

36 SKT, 15.11.1918.

37 SKT, 15.11.1918. Vgl. Tagebuch Mead, 13.11.1918.

38 KaZ, 10.11.1918; SKT, 15.11.1918; KaN, 12.11.1918.

39 KaZ, 3.12.1918.

40 KaZ, 10.11.1918.





Anzeige aus der Kaltenkirchener Zeitung vom 3.12.1918: Kommandantur und Soldatenrat sorgen gemeinsam für Ruhe und

Ordnung

Den im Lager Springhirsch untergebrachten Rriegsgefangenen

ift die Bergunftigung gewährt worden, fich ohne militarifche Mujfict in ben benachbarten Ortichaften, einschlieglich Bab Bramftedt und Raltenkirchen, frei bemegen gu durfen. Laut Befehl hat sich jedes Kriegsgefangene bis 11 Uhr abends wieber im Lager einzufinden. Begen Diefen Befehl ift mehrfach verftogen worben, ba fich eine Ungahl deutscher Einwohner bereit erklärt haben, Rriegsgefangene gegen Entgelb ober gegen Auslieferung ihrer Rahrungsmittelpakete als Ginlogierer über Racht bei fich gu behalten. Diefes Berhalten ift unftatthaft und erichwert der Rommendantur die Rontrollführung. Es wird hiermit bringend gewarnt, hinfort Kriegsgefangene 'als Gafte über Racht aufgunehmen. Die Logisgeber fegen fich Unannehmlichkeiten aus und bie Rriegsgefangenen mußten beftraft merden. Die Ginmohnerichaft mirb hiermit ge-beten, mitzuhelfen, daß Rube, Ordnung und gute Sitte bis jum Abtransport ber Rriegsgefangenen aufrecht erhalten bleiben.

Rommandantur Ariegsgefangenen-Lager Springhirsch.

Der Goldafenraf. Sauptmann und Lager-Rommandant.

Als revolutionäre Handlung wird lediglich eine am Ende missglückte Racheaktion der Wachmannschaften gegen den ehemaligen stellvertretenden Kommandanten berichtet, der sich jahrelang auf ihre Kosten persönlich bereichert hätte.⁴¹

Der Soldatenrat Springhirsch übernahm vornehmlich Polizeiaufgaben, um in der Region insbesondere für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Er schlichtete Streit um deutsche Frauen, der zwischen britischen Kriegsgefangenen und einheimischen Männern bei einer Tanzveranstaltung in Kaltenkirchen ausgebrochen war.⁴² Er rief die Bevölkerung dazu auf, auf keinen Fall die Briten über Nacht zu beherbergen und stattdessen mitzuhelfen, "dass Ruhe, Ordnung und gute Sitte bis zum Abtransport der Kriegsgefangenen aufrecht erhalten bleiben".⁴³ Und er sorgte dafür, eine geordnete Heimkehr der internierten Briten sicher zu stellen, keine örtlichen und unkoordinierten Entlassungen zu erlauben⁴⁴ und Entwaffnungen der Wachmannschaften durch abreisende Kriegsgefangene zu verhindern.⁴⁵

Die Soldatenräte in Springhirsch und Bimöhlen verschwanden sehr bald ohne öffentliche Resonanz sang- und klanglos von der Bildfläche. Eine offizielle Bekanntmachung zum Alkoholverbot wurde Anfang Juni 1919 allein vom Lagerkommandeur aus Springhirsch unterzeichnet.⁴⁶

In Lentföhrden, wo ebenfalls Kriegsgefangene vom Landsturm bewacht wurden, kam es gar nicht erst zur Bildung eines Soldatenra-

41 SKT, 15.11.1918. Vgl. KaN, 14.11.1918 u. 4.2.1919.

42 KaN, 5.12.1918.

43 KaZ, 3.12.1918. Vgl. auch SKT, 4.12.1918 u. KaN, 3.12.1918.

44 KaZ, 30.11.1918.

45 KaZ, 12.12.1918.

46 KaZ, 8.6.1919.



Aufruf.

Der Coldatenrat Segeberg beabsichtigt für die aus dem Felbe gurudkehrenden Truppen der Stadt und des Areises Segeberg eine

Begrüßungsfeier in Segeberg

su verankalten. Die Feier soll in einer Ansprache an die heimtehrenden auf dem Marktplatze bestehen. Bon hier aus wird ein Umzug, an dessen Spige eine Militärsabelle marschiert, durch die Stadt kattstaden. Rachdem eine Kranzniederlegung auf dem Chrenfriedhose kattgefunden hat, ift eine gesellige Zusammentunft in Segeberg vorgesehen.

Um unferen heimtebrenden Rameraden diefe Feier fo angenehm zu machen, wie es die heutigen Berbaltniffe genatten, richten wir die dringende Bitte an die Bevolterung der Stadt und des Kreifes Segeberg, durch Geldipenden und fonftige

Liebesgaben uns zu unterflügen Etwaige Gelospenden beiten wir beim Vorschuß-Berein, Segeberg unter Konto, Liebesgaben für heimkehrende Krieger, Bofiched:Konto 703 hamburg, einzugahlen, bezw sonstige Liebesgaben im Geschäftszimmer des Soldateurats in Segeberg, Res. Bazarett Kurhaus, abzuliefern-

Der Soldatenrat.

tes, wie die "Kaltenkirchener Zeitung" von einem Telefonat spöttisch berichtete: "Auf die Anfrage, ob das Militär sich dort der neuen Bewegung angeschlossen habe, erhielten wir die erstaunte Frage als Antwort: Welcher Bewegung? Man wohnt dort in der Einöde scheinbar noch einsamer als einsam."⁴⁷

Arbeiter-, Soldaten- und Beamtenrat in Segeberg. In Segeberg und Umgebung gab es keine Kriegsgefangenenlager mit Wachmannschaften, in der Kreisstadt bildeten Patienten und Pflegepersonal des Militärlazaretts am 9. November 1918 den Segeberger Soldatenrat.

Zur Gründungsveranstaltung im Solbad war eine Delegation des Soldatenrates aus Neumünster erschienen, um für "Klarheit" im Verhalten zu sorgen und "die Richtlinien für die Bewegung" bekannt zu geben. Erstes Ziel war die Aufrechterhaltung reibungsloser Abläufe in der Genesungseinrichtung. Die Segeberger Vertrauensleute verhandelten in "ruhiger und sachlicher" Atmosphäre mit der bisherigen Lazarettverwaltung, die sich "in dankenswerter Weise" bereit erklärt hätte, auf ihren Posten zu bleiben und in "gemeinsamer Arbeit mit dem Soldatenrat dem Wohle des Ganzen zu dienen". Unter dem Vorsitz von Sanitätsfeldwebel Stenzel waren weitere Mitglieder der Militärkrankenwärter Peters, Johannes Soltau – Krankenwärter und Landsturmmann und im Zivilberuf Fleischbeschauer –, der Gefreite Stubbe sowie der Kanonier Funk. Weitere Namen sind nicht bekannt.

Am 10.11.1918 – einen Tag nach Bildung des Segeberger Soldatenrates – konstituierte sich in der Kreisstadt auch ein Arbeiterrat. Hierzu hatten sich "150 Arbeiter und Frauen" im Hotel "Germania" eingefunden – die Teilnahme weiblicher Personen an einer politischen Veranstaltung war der Lokalzeitung eine gesonderte Erwäh-

Aufruf im Segeberger Kreis- und Tageblatt vom 10.12.1918: Der Segeberger Soldatenrat bittet um Geldspenden fur die heimkehrenden Frontsoldaten

47 KaZ, 10.11.1918. **48** SKT, 12.11.1918. **49** SKT, 15.11.1918. Vgl. SKT, 14.11.1918





Aufruf des Segeberger Arbeiter- und Soldatenrates an die Landbevölkerung

An die Landbevölferung bes Rreifes Segeberg.

Folgender Aufruf sei allen Landleuten warm ans Herd gelegt.

In diesen ernsten Zeiten müssen Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werden, das kann nur geschehen, wenn die Lebensmittelbersorgung mit allen bersügbaren Kräften und größter Opserwilligkeit umserer Landbebölkerung ungestört weiter gehandhabt wird. Bor allem müssen sosoner Merven! Der Kreis Segeberg hat 150 000 Zentner Kartosseln zu liesern, hat dis heute aber erst ein Zehntel abgeliesert. Wenn nicht in den nächsten Tagen die schlenden 135 000 Zentner zur Ablieserung kommen, droht den großen Städten die Hungersnot. Kiel hat nur noch für etwa eine Woche Kartosseln. Zeder auf dem Lande ist sich hoffentlich der surchtbaren Gesahr bewußt, die entsteht, wenn die Großstadtbedölkerung Hungersnot bekommt, wenn die Massen zur der der hohen Führern nicht mehr lenken lassen, zur Selbsthilse greisen und sich das vom Bauern holen, was ihnen sehlt. Kaub und Plünderung würden die unabweissliche Folge sein.

Feber auf dem Lande hat es in der Hand, daß dem vorgebeugt wird. Es darf von heute ab nicht mehr vorkommen, daß Kartoffeln zu Wucherpreisen unter der Hand verkauft werden, daß Kartoffeln zurüdgehalten oder verfüttert werden. Jeder einzelne Bauer, jede Landmannsfrau muß wissen, daß jest das Gebot der Stunde heißt:

Ablieferung jeder irgendwie entbehrlichen Kartoffelmenge in den nächsten Tagen!

nung wert. Bei dieser Gründungsversammlung war ein auswärtiger Gastredner zugegen. Der Vertreter des Soldatenrates Neumünster informierte über "Zweck und Ziel der Bewegung" und erläuterte "die Forderungen der Arbeiter Kiels und Neumünsters", die von der Versammlung spontan gebilligt wurden. Nachdem die Anwesenden den Rat gewählt hatten, schloss die Versammlung mit dem eindringlichen Appell, "vor allen Dingen Ruhe und Ordnung zu bewahren."⁵⁰

Bereits zwei Tage später nahm der Segeberger Arbeiterrat bei sich eine Umgruppierung vor und reduzierte seine Zahl auf neun Personen – allesamt Männer. Durch die Verkleinerung des Gremiums sollte offensichtlich seine Arbeitsfähigkeit verbessert werden. Unter Vorsitz des Schuhmachermeisters Johann Scheel setzte sich der Segeberger Arbeiterrat wie folgt zusammen:⁵¹

Johann Scheel Schuhmachermeister Heinrich Schwart Zigarrenmacher August Lüders Reifer (Seilmacher)

Fritz Schmidt Arbeiter

Ernst Lafrenz Stepper (Ledernäher) H. Ranninger Seminaroberlehrer

Carl Walsberg Bezirksschornsteinfegermeister

Julius Soltau Musiker

Wilhelm Jansen Zigarrenhändler

50 SKT, 12.11.1918. Das Hotel "Germania" an der Oldesloher Straße existiert nicht mehr, das Gebäude wurde 1975 abgerissen.

51 SKT, 15.11.1918.

Gerhard Braas Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg

Dazu wurden 22 Vertrauensleute des Arbeiterrates gewählt, die als dessen Beigeordnete die Tätigkeiten der Räte unterstützten und administrative sowie praktische Arbeiten erledigten.⁵²

Sowohl der Arbeiterrat als auch die Vertrauensleute bestanden damit aus Arbeitervertretern sowie aus Bürgerlichen, was dem ausdrücklichen "Wunsch der sozialistischen Organisation" in Segeberg entsprach.⁵³

Der Arbeiter- und der Soldatenrat waren zunächst zwar in getrennten Veranstaltungen gewählt worden, sie arbeiteten anschließend aber eng zusammen und traten in der Öffentlichkeit unter einem Namen auf. In einer gemeinsamen Sitzung unter Vorsitz von Sanitätsfeldwebel Stenzel wurde eine paritätische Entsendung von Mitgliedern des Arbeiter- und des Soldatenrates in die öffentlichen Ämter vereinbart. Jeweils zwei oder drei Personen wurden als Beigeordnete zur Kontrolle von sieben öffentlichen Schlüsselpositionen benannt. Der Segeberger Arbeiter- und Soldatenrat untermauerte dadurch ausdrücklich seinen politischen Machtanspruch.

Vertretungen des Segeberger Arbeiter- und Soldatenrates in den öffentlichen Ämtern;⁵⁴

Magistrat der Stadt Segeberg Bezirksschornsteinfegermeister

Carl Walsberg, Militärkranken-

wärter Peters

Ausschuss für Kriegsversorgung Kaufmann Detlef Martens

Musiker Julius Soltau

Krankenwärter Johannes Soltau

Landratsamt und Gerichte Seminaroberlehrer H. Ranninger

Feldwebel Stenzel

Post und Eisenbahn Glasermeister Christian

Gruhdmann Gefreiter Stubbe

Bekleidungsstelle Zigarrenhändler Willi Jansen

Stepper Ernst Lafrenz

Kanonier Funk

Kohlenstelle Schuhmachermeister Johannes

Scheel

Kanonier Funk

Fleischzuteilung und Freibank Frau David

(Verkauf von minderwertigem

Schlachtgut)

Militärkrankenwärter Soltau

Die Versammlung bewegte sich ausdrücklich auf der von den zentralen Räten vorgegebenen ordnungspolitischen Linie, den bisherigen Behördenapparat politisch zu kontrollieren, ihn aber bestehen zu lassen, damit sich "in allen einschlägigen Fragen die Bevölkerung nach wie vor an die gleichen Beamten wenden" könne.⁵⁵

Auf einer Versammlung unmittelbar nach Gründung des Segeberger Arbeiter- und Soldatenrates nahm dieser eine eigene politische Standortbestimmung vor. Er sei – so Ratsvertreter Johannes

52 Neben den Arbeitern Hermann Prüs, Karl Weede, Bubert, Wasche und Fritz Schröder, dem Gasarbeiter Hinrich Möller und dem Abdecker Hermann Schröder waren dies die Friseure Edmund Fischbach und Chr. Thiemssen, der Schausteller Fritz Stolz, der Gemüsehändler Louis Kummer, der Steinhauer August Storm, der Schmied Christian Schmidt, Kartonagenfabrikant Emil Korff, Kaufmann Detlef Martens, Glasermeister Christian Gruhdmann, Bäckermeister Hermann Wesche, Photograph Johannes Lubeseder, Drechslermeister August Rickert sowie die weiblichen Mitglieder Knees, David und Fritze, Welchen Beruf diese drei Frauen ausübten, falls sie einen hatten, wurde nicht genannt. SKT, 12. u. 14.11.1918.

53 SKT, 18.12.1918.

54 SKT, 15.11.1918.

55 SKT, 15.11.1918.





Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg

Soltau in seiner programmatischen Rede – gegründet worden, "um geordnete Zustände herbeizuführen und die allgemeine Lebensmittelversorgung nach gerechten Grundsätzen vorzunehmen." Hierzu appellierte er an die Bevölkerung: "Möge daher jeder, auch hier in Segeberg, das Eigentum des Mitmenschen unangetastet lassen. Es sei ihm heilig! Zur Überleitung der jetzigen Zustände in die Friedens- und Freiheits-Wirtschaft bedürfen die Arbeiter- und Soldatenräte der Mithilfe aller Bürger!"56

Der schon erwähnte, vom "Rat der Volksbeauftragten" am 12. November 1918 erlassene zentrale Berliner "Aufruf an die deutsche Landbevölkerung" bildete die Vorlage für den vom Segeberger Arbeiter- und Soldatenrat ohne Unterschriften veröffentlichten Appell "An die Landbevölkerung des Kreises Segeberg."

Dieser war auf die örtlichen ländlichen Verhältnisse zugeschnitten und wurde – wie gezeigt wird – zur Richtschnur für die Tätigkeit aller lokalen Arbeiter- und Bauernräte in der Region.

"Ablieferung jeder irgendwie entbehrlichen Kartoffelmenge in den nächsten Tagen!" lautete die eindringliche Mahnung. Der Kreis Segeberg habe erst ein Zehntel der geforderten 150 000 Zentner Kartoffeln zur Versorgung der großen Städte bereitgestellt. Dort drohten nun kurzfristig eine Hungersnot und die Gefahr, dass die notleidende Stadtbevölkerung "sich von den besonnenen Führern nicht mehr lenken lassen" und auf dem Lande zur Selbsthilfe mit "Raub und Plünderung" greifen würde. Der Arbeiter- und Soldatenrat forderte, dass Kartoffeln nicht mehr zu Wucherpreisen unter der Hand verkauft und nicht mehr zurückgehalten oder verfüttert werden dürften. 57

Er konnte Ende November 1918 als ersten öffentlichen Erfolg bei der Sicherung der Ernährung die Erhöhung der Mehlrationen ankündigen. 58

Darüber hinaus stellte er auch offizielle Ausweise für dauerhafte Reiseerlaubnisse aus.⁵⁹ Die Organisation und Spendenwerbung für eine Mitte Dezember initiierte "Begrüßungsfeier", die "für die aus dem Felde zurückkehrenden Truppen der Stadt und des Kreises Segeberg" ausgerichtet werden sollte⁶⁰, lag allein in der Verantwortung des Soldatenrates. Das war eine ungewöhnliche Maßnahme, denn derartige Feste wurden ansonsten von Krieger- oder Kommunalvereinen oder von der Kirche arrangiert.

Darüber hinaus traf der Segeberger Arbeiter- und Soldatenrat erste Ordnungsmaßnahmen. Nachdem Jugendliche die Kreisstadt durch "Frösche oder Schreckschüsse" nächtlich unsicher gemacht hatten, befürchtete die Kreiszeitung, dass dadurch Unruhen ausgelöst werden könnten und riet: "Man sollte dem schädlichen Treiben dieser jungen Burschen also schleunigst ein Ende machen und mit aller Strenge gegen die Ruhestörer einschreiten."⁶¹ Der Arbeiterund Soldatenrat verhängte unmittelbar darauf ein abendliches und nächtliches Ausgehverbot für Jugendliche unter neunzehn Jahren.⁶² Als weitere ordnungspolitische Maßnahme verlangte er, dass sämtliche Militärpersonen außer Dienst einschließlich der Urlauber ihre

56 SKT, 14.11.1918.

57 SKT, 14.11.1918.

58 SKT, 28.11.1918.

59 Weblink:

http://www.hansreimers.de/schule/ls-segeberg.html.

60 SKT, 10.12.1918.

61 SKT, 12.11.1918.

62 SKT, 14.11.1918.



37

Amtlicher Teil.

Erhöhung der Blebiration für die verforgungberechtigte Bevollerung.

Die Mehlmenge, die täglich auf den Ropf ber verbiorgungsberechtigten Bevölferung hochftens verbraucht werden bart, beträgt vom 1. Dezember 1918 an 240 Gramm.

Bulagen an Schwer- und Schwerstarbeiter werben in berielben Hohe wie bisher weitergewährt mit ber Rasgabe, daß ber 40 Gramm betragende Unterschied zwischen ber bisherigen und der neuen Tagestopfmenge auf die Schwerarbeiterzulage anzurechnen ist, während die Schwerstarbeiterzulage in bisherigem Umfange weiter zugeben ist.

Im Reiseverkehr find für jeben Reisetag 6 Reisesradmarten zu je 50 Gramm Gebad, zusammen allo West. 300 Gramm Gebad zu verabsolgen.

Die Mehlzulage ift bei ber Musgabe ber neuer Rebund Brotfarten berückfichtigt.

Segeberg, den 26. Rovember 1918.
Der Arbeiter. und Soldate

Der Arbeiter- und Soldakenrat.

Waffen innerhalb von 48 Stunden beim Geschäftszimmer des Soldatenrates im Kurhaus abzuliefern hätten. 63 Diese Anordnung diente der Stärkung der eigenen Machtposition und richtete sich direkt "gegen die Anhänger des früheren Regimes", die "mit der Waffe in der Hand der Volksbewegung entgegengetreten wären". 64

Der Segeberger Bürgerverein folgte dem Appell zur Mitarbeit und fasste die Gründung eines "Bürger- und Beamtenrats" als Interessenvertretung beim Arbeiter- und Soldatenrat ins Auge. In Anlehnung an das berühmte Zitat des abgedankten Kaisers wurde die Richtung vorgegeben: "Das Bürgertum muss sich zusammenschließen, um sich im neuen Deutschland seinen Platz an der Sonne zu sichern."65 Die Vorstände des Gewerbe- und Bürger- sowie des Beamtenvereins wurden in einer öffentlichen Versammlung beauftragt, einen Rat als beratendes Organ zu bilden.66

Am 12. Dezember 1918 tagten in Neumünster die Räte der Provinz Schleswig-Holstein. Auf dieser Konferenz, zu der der Kieler Arbeiter- und Soldatenrat eingeladen hatte, kam es zu einem offenen Eklat. Als "folgenreichstes Ergebnis" wurde ein Antrag des Kieler Mehrheits-Sozialdemokraten Heinrich Kürbis angenommen, mit dem die Räte in der Provinz auf eine zentral vorgegebene Linie gebracht wurden: "Mitglieder des Arbeiter-Rates können nur Angehörige sozialistischer Parteien sein." Das war ein Angriff auf die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der lokalen Räte, insbesondere in Segeberg, wo einvernehmlich auch bürgerliche Vertreter in den Arbeiterrat gewählt worden waren. Die Segeberger Delegation wurde öffentlich vorgeführt und angeprangert, da sie "zu diesen Beschlüssen Stellung nehmen musste".67

Segeberger Kreis- und Tageblatt vom 28.1.1918: Mehlrationen werden erhöht

63 SKT, 15.11.1918. **64** SKT, 14.11.1918. **65** SKT, 24.11.1918. **66** SKT, 25.11.1918.

67 SKT, 18.12.1918.





Johannes Soltau stand an der Spitze des Segeberger Arbeiterrates und hielt programmatische Reden in der Öffentlichkeit. Er gründete später ein Friseurgeschäft, das noch heute im Familienbesitz ist.

Dieser aus Kiel initiierte Eingriff und die damit verbundene Brüskierung des Segeberger Arbeiterrates stießen bei seinen bürgerlichen Vertretern auf völliges Unverständnis. Auf deren Wunsch fand am 17.12.1918 eine Versammlung des kompletten Arbeiterrates und der Vertrauensleute statt. Sie forderten von den Arbeitervertretern "Klarheit und Wahrheit" und kritisierten, dass der Beschluss aus Neumünster gerade die Mitglieder ausschließen würde, "die bisher die eigentliche und positive Arbeit geleistet hätten". Die kontroverse Diskussion über die Verbindlichkeit der auswärtigen Anordnung führte zu keinem Ergebnis, zumal die Auflösung des Segeberger Gremiums offensichtlich "schon vor der Versammlung als beschlossene Tatsache" galt. In einer unabgestimmten und eigenmächtigen Einladung habe "Der Arbeiterrat" eine Neuwahl bereits avisiert. Als daraufhin die Stimmung der Versammlung "schwankend" wurde, unterband der Vorsitzende eine Abstimmung über die Rechtmäßigkeit des Beschlusses aus Neumünster "und löste den Arbeiterrat kurzerhand auf". An dessen Spitze stand inzwischen offensichtlich Fleischbeschauer Johannes Soltau, der ursprünglich aus dem Soldatenrat kam. Er befürwortete abschließend, dass die Vertreter aus der Arbeiterschaft aus dem alten auch dem neuen Arbeiterrat angehören mögen.68

Vier bürgerliche Mitglieder schieden aus, ein weiteres trat zu den Segeberger Mehrheits-Sozialdemokraten über und behielt somit seine Position im Arbeiterrat. 69 Die Neuwahl fand bereits am 18.12.1918 statt. Der Soldatenrat hatte eine "vollständige Arbeitsruhe" und mit Ausnahme einiger Versorgungseinrichtungen die Schließung sämtlicher Geschäfte, Büros und Betriebe befohlen. 70 Diese Gelegenheit nutzten 400 Personen und nahmen an der Versammlung im Hotel "Germania" teil. Dort vertrat Johannes Soltau die aus Neumünster vorgegebene Order, dass dem Arbeiterrat ausschließlich "eingetragene Mitglieder der sozialistischen Partei" angehören dürften. Eine Diskussion darüber gab es offensichtlich nicht. Die Neuwahl wurde "dementsprechend vorgenommen", allerdings wurden die Namen der in den Arbeiterrat entsandten Parteimitglieder nicht genannt. 71

Zur Kontrolle der Behörden wurden ebenfalls neue Vertreter gewählt, von denen einige sicher auch Mitglieder im Arbeiterrat waren. Die Mitte November 1918 vom Soldatenrat bestimmten Kontrolleure behielten ausdrücklich ihre Posten. Den Anordnungen der Beigeordneten – so die amtliche Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrates – sei "unbedingt Folge zu leisten".⁷² Dies zielte in erster Linie wohl auf die Mitarbeiter der Behörden und Verwaltungen in der Stadt.

Erstmals hatten sich deutliche Risse innerhalb der Rätebewegung im Kreis Segeberg gezeigt, die vom Kreisblatt kommentiert wurden. Segeberg stehe vor einer "neuen Phase in der Entwicklung der Zwischenzeit", denn die Sozialdemokratie würde versuchen, die Herrschaft der Arbeiterräte "zur Diktatur auszubauen." Dies erfordere von den bürgerlichen Parteien, in anderen Räten ein Gegenge-

68 SKT, 18.12.1918.

69 KaZ, 22.12.1918.

70 SKT, 17.12.1918.

71 KaZ, 21.12.1918.

72 Die Beigeordneten waren für das Landratsamt Zimmerer Carl Böttger, für den Magistrat Schornsteinfegermeister Carl Walsberg, für Lebensmittel und Kohlenversorgung Fabrikant Korff und Lagerhalter J. Kiencke, für Bahn und Post Glasermeister Gruhdmann und Zimmerer Scheibe, für Bekleidung Schumacher Storm und Arbeiter Wasche, für die Freibank Fleischbeschauer Johannes Soltau und Frau David. SKT, 20.12.1918.







Gerhard Braas Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg

39



wicht gegen die Entschließungen der Arbeiterräte zu schaffen. Der Kommentator appellierte an den neuen Arbeiterrat, auch weiterhin beratende Fachkräfte bei seinen Versammlungen zuzulassen, denn allen Bürgern sei klar, "dass unserem Vaterlande heute noch mehr als früher Ruhe und Ordnung nottut."⁷³

Unter Leitung von Seminaroberlehrer Ranninger, der aus dem Arbeiterrat ausscheiden musste, wählte schon wenige Tage später der Segeberger Beamtenverein im Gewerbevereinshaus seinen eigenen dreiköpfigen Beamtenrat. Neben Ranninger wurden Amtsgerichtssekretär Senft und der Arzt Petersen gewählt. Der Vereinsvorstand wurde beauftragt, beim Arbeiter- und Soldatenrat vorstellig zu werden, um die Teilnahme des Beamtenrats an den Sitzungen zu erwirken.⁷⁴

Die deutlichen Dissonanzen trübten sicher die Vorweihnachtsstimmung in der Kreisstadt. Eine vom Soldatenrat ebenfalls im Hotel "Germania" veranstaltete Wohltätigkeitsvorstellung, die etwa tausend Mark zugunsten der Lazarette erbrachte, war nur der "Kaltenkirchener Zeitung" einen Dreizeiler wert.⁷⁵

Sozialdemokratischer Arbeiterrat in Bad Bramstedt. In Bad Bramstedt initiierte der Bimöhler Soldatenrat die Bildung des ersten Arbeiterrates im Kreis Segeberg, um die von ihm kontrollierte Stadt unter zivile Obhut zu stellen. Am 9.11.1918 war der "Kaisersaal" mit roten Fahnen geschmückt.

Die fünf SPD-Mitglieder des ersten Bramstedter Arbeiterrates ohne den Vorsitzenden Carl Jans, der Ende 1919 eine Ortsgruppe der Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) grundete.

73 SKT, 18.12.1918. **74** SKT, 21.12.1918. **75** KaZ, 21.12.1918



-

40 Gerhard Braas

Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg

Die "gut besuchte Versammlung, in der alle Volksschichten vertreten waren", wählte unter Vorsitz des Zimmerers Carl Jans einen nur aus Männern bestehenden "sechsgliedrigen Arbeiterrat", dem ferner Landmann Hans Gerth, Privatier Gustav Schatz, Glaser Michael Bohri, Arbeiter Johannes Stüben und Leo Sokolowski angehörten. Alle waren ausgewiesene Sozialdemokraten, die sich in ihrem ersten Aufruf an die Bevölkerung als "Genossen" präsentierten und allesamt der MSPD angehörten. Zur Unterstützung dieses Gremiums wurden die Herren Adolf Burmann, A. Krüger, E. Weller und Christian Heiderich zu Vertrauensleuten benannt. Ohne weitere Programmdiskussion endete die Gründungsversammlung mit revolutionärer Symbolik, "mit einem dreifachen Hoch auf die rote Fahne".76

In Bad Bramstedt gab es zu diesem Zeitpunkt keine organisierte Parteigliederung der SPD. Der "Sozialdemokratische Verein" wurde erst Mitte Dezember 1918 offiziell wiedergegründet,⁷⁷ nachdem bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine örtliche Gruppierung existiert hatte. Carl Jans initiierte dann 1919 eine Ortsgruppe der USPD.⁷⁸

Unmittelbar nach seiner Wahl veröffentlichte der Arbeiterrat einen "Aufruf an die Bevölkerung von Bad Bramstedt". Er bat die Einwohnerschaft, seine Anordnungen zu befolgen und "größte Ruhe und Ordnung zu bewahren", sicherte seinerseits die "Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens" zu und präsentierte sich als Ansprechpartner im Bürgermeisteramt für "etwaige Beschwerden und Mängel in jeder Beziehung".⁷⁹

Das offensichtlich rührige Gremium, das Carl Jans zu seinem Vorsitzenden und Michael Bohri zum Stellvertreter wählte⁸⁰, nahm unverzüglich seine Tätigkeit auf, entsandte seine Vertreter in die städtischen Gremien⁸¹ und war – so ein Zeitungsbericht – "tagtäglich von seinem umfangreichen Arbeitsfeld in Anspruch genommen".⁸²

Nachdem der Arbeiterrat die kommunalen Teilwahlen, die noch nach dem herkömmlichen Dreiklassenwahlrecht durchgeführt werden sollten, gestoppt hatte, 83 konzentrierte er sich auf das "Ernährungswesen", das einer "durchgreifenden Untersuchung" unterzogen wurde. Im Ergebnis wurde eine Abordnung zur Segeberger "Provinzial-Kartoffelstelle" entsandt. Nicht ohne Erfolg: Bad Bramstedt wurde vorläufig von der Pflicht entbunden, Kartoffeln abzuliefern, und erhielt die Erlaubnis zum Erwerb von Rindfleisch. Der Arbeiterrat nahm in der Stadt den Ankauf und die Verteilung der Lebensmittel sowie auch die Kohleversorgung unter seine Kontrolle.84

Darüber hinaus äußerte sich der Arbeiterrat auch zu allgemeinen politischen Fragen. An einer vom Bürgerverein veranstalteten Versammlung im voll besetzten "Kaisersaal" nahmen alle Vertreter des Bramstedter Arbeiter- und des Bimöhler Soldatenrats sowie auch ein Großteil der Stadtvertretung teil. Im Mittelpunkt der Veranstaltung am 29. November 1918 stand die sich hinziehende Einberufung einer Nationalversammlung. Es wurde in der Diskussion deutlich, inwieweit die Siegermächte von außen Druck auf die innenpolitischen

76 BN, 12.11.1918. Siehe auch KaZ, 12.11.1918 u. SKT, 13.11.1918; Siehe Jan-Uwe Schadendorf, Bad Bramstedt in den Zeiten. Eine bebilderte Wanderung durch die Ortsgeschichte. Bad Bramstedt 2010, S. 29. Der "Kaisersaal" ist auch heute noch ein Gastronomiebetrieb mit einem Veranstaltungssaal.

77 BN, 7.u. 19.12.1918.

78 Vgl. Jan-Uwe Schadendorf, Vor 75 Jahren: Wiedergründung der SPD Bad Bramstedt. In: Rund um den Roland. Bürgerzeitung der SPD Bad Bramstedt. November 1993, S. 3.

79 BN, 12.11.1918.

80 BN, 12.11.1918; KaZ, 19.11.1918.

81 BN, 14. u. 23.11.1918. Vgl. StABB, Az.A.b.00-6, S.190f., Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 10.11.1918.

82 KaZ, 24.11.1918.

83 BN, 14.11.1918. Vgl. BN,

9.11.1918.

84 BN, 23.11.1918. Vgl. BN u. KaZ, 5.12.1918. Vgl. ferner StABB, Akte 54, S. 17f., Protokoll der Lebensmittelversorgungskommission vom 21.12.1918.





Anfruf

an die Bevölkerung von Bad Bramfiedt.

In der am Sonnabend, den 9. November 1918, stattgefundenen Volksversammlung wurde auch für Bad Bramstedt ein Arbeiterrat gewählt und sofort mit sämtlichen Funktionen beauftragt. In den Arbeiterrat wurden folgende Genossen betraut: C. Janz Vors., M. Bohri II. Vors., sowie Sokolowski, Schatz, Stüben und Gerth. Weiter wurden folgende Männer als Vertrauensmänner gewählt: Krüger, Heidrich, Weller und Burmann.

Wir bitten die Bevölkerung, die größte Ruhe und Ordnung zu bewahren. Es wird von uns nichts unternommen, was den Betrieb zwecks Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens hindern Zugleich richtet der Arbeiter- und Soldatenrat an aile Zweige der Bevölkerung die Bitte, etwaige Beschwerden und Mängel in jeder Beziehung an uns zu wenden und im übrigen unbedingt den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrats Folge zu leisten, damit jede Härte vermieden wird.

Die Geschäftsleitung des Arbeiterrats befindet sich im Bürgermeisteramt.

Bad Bramstedt, den 11. November 1918.

Der Arbeiterrat. C. Janz.

Verhältnisse im untergegangenen Kaiserreich ausübten. Organist August Kühl, der vor dem Krieg als Scharfmacher die "Wühlarbeit der Sozialdemokratie" öffentlich beklagt hatte⁸⁵ und jetzt dem liberalen Lager angehörte, wies als Versammlungsleiter darauf hin, dass es ohne eine Nationalversammlung keinen Frieden geben könne. Die deutschen Kriegsgegner würden die Räte zu Recht nicht als "Vertretung des deutschen Volkes" anerkennen, da sie nicht aus allgemeinen und gleichen Wahlen hervorgegangen seien. Arbeiterrat Bohri entgegnete, dass "die inneren Zustände beim Entstehen der Räte derartig faul gewesen seien, dass man mit dem Schaffen geordneter Verhältnisse wochenlang zu tun gehabt habe" und die Wahl zur Nationalversammlung "sehr umfangreiche Vorbereitungen" erfordere. Die auch von den lokalen Räten befürwortete Resolution äußerte Zweifel an der politischen Legitimation der Bewegung und befürwortete eine parlamentarische Lösung: "Die heute versammelten Bürger und Bürgerinnen Bad Bramstedts bitten in Übereinstimmung mit dem hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat um möglichst schnelle Einberufung der Nationalversammlung." Die Forderung aus der Provinzstadt wurde an Reichskanzler Friedrich Ebert nach Berlin sowie an den Kieler Arbeiterrat gesandt. 86 Auch diese Versammlung endete "mit einem dreimaligen Hoch", allerdings nicht mehr auf die rote Fahne, sondern "auf den im Werden begriffenen deutschen Volksstaat, der einem jeden Freiheit und Gerechtigkeit bringen werde".87

Der Bramstedter Arbeiterrat nahm als Beobachter an den Sitzungen des Stadtparlaments teil und bekam dort bereits sehr bald Gegenwind von bürgerlicher Seite. Seine Eingabe am 11. Dezember

Aufruf des Arbeiterrates an die Bevölkerung von Bad Bramstedt.

85 KaN, 28.10.1906.

86 BN u. KaZ, 3.12.1918.

87 BN u. KaZ, 5.12.1918.





Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg

1918, dem Stadtverordneten Andresen wegen Unregelmäßigkeiten bei der Nahrungsmittelverteilung zum Schaden der Stadt eine Missbilligung auszusprechen, wurde vom Stadtverordnetenkollegium abgelehnt und für erledigt erklärt, da der Beschuldigte aus der zuständigen Kommission bereits ausgeschlossen worden sei.88 Daraufhin entwickelte sich eine heftige Kontroverse zwischen der städtischen Vertretung und dem Arbeiterrat, da dieser in einem weiteren Antrag eine "Pauschalsumme zur Bestreitung der Unkosten"89 von 2000 Mark mit einem Stundensatz von 1,50 Mark für seine Tätigkeit verlangt hatte. Nachdem Bürgermeister Reimer Jensen auf entsprechende Regierungserlasse verwiesen und eine sparsame Mittelzuweisung für opportun erklärt hatte, griff der Stadtverordnete Gottlieb Freudenthal den örtlichen Arbeiterrat und die gesamte Rätebewegung scharf an. Die Lokalpresse gab seine Ausführungen ausführlich wieder: "Der Rat verdanke sein Vorhandensein der Macht und nicht dem Recht; der Macht müsse er sich beugen, aber sein Rechtsgefühl verbiete ihm, für die Bewilligung zu stimmen." Darüber hinaus sprach er dem Arbeiterrat seine Legitimation ab, da die aus dem Krieg nach und nach zurückkehrenden Soldaten sich an der Wahl nicht beteiligen konnten, der Termin hierfür zu kurzfristig festgesetzt worden sei und sich Minderjährige daran beteiligt hätten. Ferner hätten Mitglieder des Arbeiterrats unangekündigte Hausdurchsuchungen vorgenommen und sich "die Schwänze von den städtischen Ochsen" angeeignet. Nachdem die Vertreter des Arbeiterrats auf ihrem von der Bevölkerung verliehenen Revisionsrecht beharrt hatten, stellte sich heraus, dass die Bramstedter Schlachter von den Ochsenschwänzen "die äußersten Enden, die so gut wie wertlos seien", bekommen hätten und ein Mitglied des Arbeiterrates habe "einige davon mitgenommen". Diese Auflösung hat vor dem Hintergrund sehr knapper und rationierter Lebensmittel sicher dem Ansehen des Arbeiterrats geschadet. Schließlich wurde ihm von den Stadtverordneten die beantragte Aufwandsentschädigung bewilligt, allerdings sollte die städtische Finanzkommission über die Verwendung Rechenschaft fordern können.⁹⁰

Das Verhalten der Stadtverordnetenversammlung wurde vom Bramstedter Arbeiterrat offensichtlich als Affront und Bevormundung empfunden. Ihr Vorsitzender Carl Jans beschwerte sich drei Tage nach der öffentlichen Auseinandersetzung schriftlich bei Bürgermeister Jensen und verlangte, dem Arbeiterrat jede Sitzung eines städtischen Gremiums bekannt zu geben, ihm alle Beschlüsse zur Genehmigung vorzulegen und ohne seine Genehmigung nichts zu veröffentlichen. Jensen übermittelte das Schreiben postwendend an den Segeberger Landrat Otto Ilsemann, der es wiederum an den Schleswiger Regierungspräsidenten als seine vorgesetzte Behörde weiterleitete und kommentierte: Die Forderungen übersteigen die Befugnisse des Arbeiterrates und sind "ungesetzlich". Dem folgte der Regierungspräsident: "Die Forderung des Arbeiterrates in Bad Bramstedt entbehrt der rechtlichen Grundlage. (...) Ich ersuche den Bürgermeister entsprechend zu belehren."91

88 BN u. KaZ, 14.12.1918. Auch zum Folgenden. StABB, Az. A.b.00-6, S. 193ff., Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 11.12.1918.

89 BN, 5.u.10.12.1918.

90 BN u. KaZ, 14.12.1918. Auch zum Folgenden. StABB, Az .A.b.00-6, S. 193ff., Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 11.12.1918.

91 Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 309 Regierungspräsidium zu Schleswig (LASH Abt. 309), Nr. 6993. Carl Jans an Bürgermeister Jensen, 14.12.1918; Bürgermeister Jensen an Landrat Ilsemann, 14.12.1918; Landrat Ilsemann an den Schleswiger Regierungspräsidenten, 21.12.1918; Schleswiger Regierungspräsident an Landrat Ilsemann, 7.1.1919.



Die scharfe Auseinandersetzung in der Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums führte noch einmal zu einem Schlagabtausch in den "Bramstedter Nachrichten". Im Namen des Arbeiterrats verwahrte sich Carl Jans in einem Leserbrief gegen die Vorwürfe Freudenthals und verdeutlichte die Motivlage und das Selbstverständnis der lokalen Rätebewegung: "Wir waren es, die sich der Gefahr aussetzten an die Wand gestellt zu werden, denn uns war es nicht unbekannt, dass Bramstedt als ein wertvoller strategischer Punkt für eine Heeresbewegung zu einer Gegenrevolution ausersehen war. Eine erfolgreiche Revolution gründet sich auf Macht, ohne sie wäre sie lächerlich. Ohne eine vorübergehende Diktatur kann eine Revolution die Neuordnung nicht durchführen."92 In der darauf folgenden Replik wiederholte Freudenthal noch einmal seine Position, die den bürgerlichen Vorstellungen über die Rätebewegung entsprach: Der Arbeiterrat "ist gewählt worden auf Anordnung des Soldatenrats, und er ist in seine Tätigkeit eingeführt kraft der Macht, Kraft der Gewalt, Kraft der Gewehre, der Säbel der Soldaten. Macht und Recht sind zweierlei, und die Gewalt tut nicht immer, was Recht ist."93

Auseinandersetzungen über die Rechtsstellung des öffentlich geschwächten Arbeiterrats gab es auch in der Folgezeit immer wieder, insbesondere über das Rede- und Stimmrecht in den städtischen Gremien.⁹⁴

Der von Pastor Felix Jacob Hermann Paulsen organisierte und vom reaktionären "Kriegerverein von Bad Bramstedt und Umgebung" beworbene "Begrüßungsgottesdienst für die heimgekehrten Krieger" war ein offener Affront gegen die Rätebewegung, die sich gegen den Einfluss der Kirchen auf den Religionsunterricht in den Schulen gewandt hatte⁹⁵: "Lasst diesen Gottesdienst zugleich eine Kundgebung der Treue für unsre Kirche sein! Um sie entbrennt jetzt der Kampf."96 Das hielt den Arbeiter- und Soldatenrat nicht davon ab, die Bevölkerung zu bitten, "Flaggenschmuck anzulegen, damit es auch äußerlich ein Ehrentag für unsere Heimgekehrten wird".⁹⁷ So wird es in der Stadt sicher wie herkömmlich ein schwarz-weißrotes Fahnenmeer gegeben haben, republikanische Farben wurden erst in der zweiten Jahreshälfte 1919 offiziell eingeführt.

Und nachdem im Februar 1919 territoriale Forderungen der Tschechoslowakei und Polens nach oberschlesischen Gebieten bekannt worden waren, appellierte der "Arbeiter- und Soldatenrat von Bad Bramstedt" in einem Zeitungsaufruf an die "jüngeren Leute", sich zum "freiwilligen Grenzschutz" zu melden, um die für die Industrie benötigte Kohleförderung zu sichern. 98 Wie viele junge Männer aus Bad Bramstedt sich an die deutschen Ostgrenzen aufmachten, ist nicht bekannt.

Diese Beispiele mit eher nationalistischen als originär sozialdemokratischen Themenfeldern verdeutlichen die ordnungspolitischen Vorstellungen der Rätebewegung und ihr Festhalten an der militärischen Tradition der untergegangenen Monarchie. **92** BN, 19.12.1918.

93 BN, 21.12.1918.

94 Wolfgang Platte, Bad Bramstedt im 20. Jahrhundert. 75 Jahre Stadtgeschichte im Spiegel der Akten des Bad Bramstedter Stadtarchivs und Berichten der Lokalpresse. http://www.alt-bramstedt.de/platte-bad-bramstedt-im-20-jahrhundert#5, (Platte, Bad Bramstedt).

95 BN, 28.11. u. 31.12.1918 sowie 9.1.1919.

96 BN, 12.12.1918.

97 BN, 14.12.1918.

98 BN, 22.2.1919.



-

Gerhard Braas

Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg

Arbeiter- und Bauernräte in den kleinen Landgemeinden. Nach dem Aufruf "An die Landbevölkerung des Kreises Segeberg" wurden auch in vielen kleinen Landgemeinden in schneller Folge Räte gebildet.

Heinrich Brömmer aus Kisdorf-Feld, der Vorsitzende des Kaltenkirchener Landwirtschaftsvereins, hatte auf Initiative des Gutsbesitzers Gustav Ebert aus Springhirsch alle Gemeinde- und Amtsvorsteher der Gegend eingeladen, um "die Bildung von landwirtschaftlichen Arbeiter- und Bauernräten" zu besprechen. Bei der Zusammenkunft wurde der "Aufruf an die deutsche Landbevölkerung" diskutiert, dessen drei Kernforderungen – Sicherung der Volksernährung, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sowie der Produktion in den landwirtschaftlichen Betrieben – als Richtschnur übernommen und den örtlichen Räten weiterempfohlen. Die Gemeindevorsteher wurden beauftragt, in ihren Ortschaften entsprechende Gründungsversammlungen durchzuführen. 99 Dieses Vorhaben wurde postwendend umgesetzt und in vielen Ortschaften im Kreisgebiet entstanden entsprechende Gremien.

Dabei ergab sich ein differenziertes Bild: Reine Bauernräte wurden in Bimöhlen, Lentföhrden, Wakendorf II und Großenaspe gewählt. Dort entstand zusätzlich, offenbar aufgrund der Nähe zum Kriegsgefangenenlager Bimöhlen, noch ein Arbeiter- und Soldatenrat. Mombinierte Arbeiter- und Bauernräte bildeten sich in Nützen, Struvenhütten, Hartenholm, Fahrenkrug und Götzberg. Bemerkenswert ist, dass dort die alte Gemeindevertretung den Arbeiter- und Bauernrat wählte. Mattenholm, Kattendorf und Ulzburg wurden Ständeräte aus Arbeitern, Bauern und Gewerbetreibenden ernannt. Weitere Rätegremien gab es auch in Sülfeld und Alveslohe. Die Tageszeitungen berichteten sehr ausführlich über die Gründungen und die personelle Zusammensetzung dieser Körperschaften in den kleinen Landgemeinden. Daraus wird auch ersichtlich, dass weibliche Mitglieder wie in Bimöhlen und Fahrenkrug die absolute Ausnahme darstellten. Mitglieder wie in Bimöhlen und Fahrenkrug die absolute Ausnahme darstellten.

In einigen Ortschaften wurden die Räte offenkundig nur widerwillig gebildet, so in Götzberg und in Föhrden-Barl. Das berichten örtliche Chroniken, in den Zeitungen stand davon nichts.¹⁰⁴

Über die Programmatik und Aktivitäten der Arbeiter- und Bauernräte in den kleinen Ortschaften ist wenig bekannt. Sie orientierten sich offensichtlich unmittelbar an den Berliner und Segeberger Aufrufen zur Bildung und Tätigkeit der Bauernräte. So stellte sich das Kisdorfer Gremium die Aufgabe, "alle verfügbaren Nahrungsmittel in der Gemeinde aufzubringen, für Ruhe und Ordnung und für die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe zu sorgen". Die Sicherung der Ernährung, die als "Kartoffelfrage" thematisiert wurde 106, stand überall eindeutig im Vordergrund. Die Arbeiter- und Bauernräte kontrollierten und berieten die Gemeindeverwaltungen, 107 verhandelten mit der Verwaltung und den Räten in Segeberg die Abgabemengen der Lebensmittel 108 und führten persönliche Revisionen bei den landwirtschaftlichen Erzeugern durch. Falls sich dabei herausstellte, dass die bei der Gemeinde gemeldeten Vorrats-

99 KaZ, 19.11.1918 **100** KaZ, 1.12.1918.

101 Volkmar Zelck, Ortsgeschichte Henstedt-Ulzburg. Die Entwicklung der Dörfer Götzberg, Henstedt und Ulzburg bis zur Großgemeinde. Husum 1996, S. 125 (Zelck, Ortsgeschichte).

102 KaZ, 17. u. 28.12.1918.

103 Zu den lokalen Gründungen in den kleinen Dörfern siehe: KaZ, 19., 20., 21., u. 26.11. sowie 3.12.1918; KaN, 19., 22., 23. u. 27. 11.1918; BN, 5.12.1918.

104 Zelck, Ortsgeschichte, S. 125; http://www.alt-bramstedt.de/schulchronik-von-foehrden-barl.

105 KaZ, 19.11.1918.

106 KaZ, 19. u. 26.11.1918.

107 KaZ, 19. u. 21.11.1918.

108 KaZ, 19.11.1918.



Gerhard Braas Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg

mengen nicht korrekt oder Schwarzschlachtungen durchgeführt worden waren, wurde in der Presse bisweilen der Name des betreffenden Landwirts als abschreckendes Beispiel genannt.¹⁰⁹ Berufsständischer Rat in Kaltenkirchen. Kaltenkirchen war der Nachzügler unter den bevölkerungsstärkeren Ortschaften im Kreis Segeberg. Nachdem in den umliegenden Dörfern und im weiteren Kreisgebiet bereits Räte gewählt worden waren, lud die Gemeindevertretung die "Einwohnerschaft Kaltenkirchens" erst für den 19.11.1918 zur "Wahl eines Arbeiter- und Bauernrates" ein. 110 Im "Central-Gasthof", dessen großer Saal "fast bis auf den letzten Platz gefüllt" war¹¹¹, verlas Gemeindevorsteher Ernst Schümann den Berliner Aufruf an die Landbevölkerung und präsentierte dessen Kernaussagen als Aufgaben auch für Kaltenkirchen. Als Unterstützung von auswärts war vom Arbeiterrat aus Neumünster der sozialdemokratische Stadtverordnete Heinrich Lienau erschienen, der dann selbst äußerte, dass "seine Anwesenheit hier völlig überflüssig sei". Das hielt ihn allerdings nicht davon ab, mit "kernigen Worten" eine Rede zu halten, die vom Segeberger Kreis- und Tageblatt mit einem Satz zusammengefasst wurde: "Wählt nur solche Männer, zu denen ihr Vertrauen habt!"112

Erst nach einer Debatte über die Anzahl der zu wählenden Räte mit "vielen Vorschlägen und Beratungen" sowie Diskussionen auch über den Wahlmodus beschloss die Versammlung einstimmig, den Rat mit vier Personen und jeweils einem Stellvertreter zu besetzten. Die vier Berufsstände – Arbeiter, Beamte und Angestellte, Gewerbetreibende und Kaufleute sowie Landwirte – sollten jeweils einen Vertreter stellen, der aber nicht aus den eigenen Reihen bestimmt, sondern von der gesamten Versammlung gewählt werden sollte. An jedem der vier Wahlgänge per Stimmzettel beteiligten sich etwa 120 Personen, darunter auch "das anwesende Dutzend Damen". Das waren zehn Prozent und die Ortspresse attestierte aufgrund des erstmals geltenden Frauenwahlrechts der Versammlung eine "historische Bedeutung". 113

Gemäß diesem Verfahren vertraten der Mühlenarbeiter und Sozialdemokrat Friedrich Henning mit Johann Biehl als Stellvertreter die Arbeiter, die Beamten und Angestellten Briefträger Bernhard Steenbock mit Bahnhofsvorsteher Hermann Petersen, die Gewerbetreibenden und Kaufleute der Klempnermeister Gustav Lüders mit Johannes Plambek und die Landwirte Johann Gülck und Johann Mohr.¹¹⁴

Ewald Hinrichsen, ultra-nationalistischer Herausgeber und Chefredakteur der "Kaltenkirchener Zeitung", hatte sich in allen vier Urnengängen selbst zur Wahl gestellt, erhielt dabei dreimal nur eine Stimme – wohl seine eigene – und konnte sich auch in seiner angestammten Gruppe der Gewerbetreibenden nicht durchsetzen. Von seinen vier vergeblichen Kandidaturen berichteten nur die beiden Konkurrenzblätter. ¹¹⁵ Öffentlich bloßgestellt und offensichtlich enttäuscht holte er in seinem spaltenlangen Zeitungsbericht über die Kaltenkirchener Versammlung zum Rundumschlag gegen die Arbei-

109 KaZ, 3., 14., 17. u. 24.12.1918; KaN, 23.12.1918.

110 KaZ, 19.11.1918.

111 KaN, 21.11.1918. Der Saal, in dem zuletzt die Diskothek "Bonanza" betrieben wurde, ist seit Jahrzehnten geschlossen, heute befinden sich in dem ehemaligen Gasthof ein Eiscafé und ein Tattoo-Studio.
112 SKT, 22.11.1918. Auch zum Folgenden. Vgl. KaN, 21.11.1918.

113 KaZ, 21.11.1918.

114 KaZ, 21.11.1918; SKT,

22.11.1918; KaN, 21.11.1918. Gustav Lüders war 1913 in Kaltenkirchen einer der "linksstehenden Wahlmänner" im Vorfeld der preußischen Landtagswahlen. Vgl. KaN, 18.5.1913.

115 SKT, 22.11.1918; KaN, 21.11.1918.



-

Gerhard Braas

Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg

ter- und Bauernräte aus. Es habe sich "vorderhand noch ein unsicheres Umhertappen" gezeigt, niemand sei dagewesen, "der ein klares Programm vorlegen konnte oder wollte", und der Aufruf der Regierung an die Landbevölkerung (ansonsten die akzeptierte Richtschnur im gesamten Kreisgebiet) sei "keine genügende Grundlage, um ein Wegweiser zu sein". Auch über den Ablauf der Wahlen spottete der Verleger: Kein Teilnehmer daran könnte zur Einsicht gelangen, "dass aus dem ganzen Versammlungs- und Wahlergebnis etwas Ersprießliches herauskommen kann", es sei lediglich ein "Dorfsrat" aus allen Ständen entstanden, der in seiner "Bedeutungslosigkeit" nicht in der Lage sein werde, "sich mit seinem Stimmengewicht nötigenfalls gegen die Gemeindevertretung durchsetzen zu können". 116

Der neue Kaltenkirchener Arbeiter- und Bauernrat, der in seiner Zusammensetzung und Größe durchaus vergleichbar mit den Räten im übrigen Kreisgebiet war, werde sich – so die Ankündigung von Gemeindevorsteher Ernst Schümann – zusammen mit der Gemeindevertretung "der harrenden, schweren Arbeiten widmen."¹¹⁷

Zwei Wochen später druckte die "Kaltenkirchener Zeitung" eine scharfe Kritik an der bisherigen Gemeindevertretung und eine Eingabe an den Arbeiter- und Bauernrat mit einem Forderungskatalog. Verlangt wurden "unbeschränkte Öffentlichkeit" bei den Tagungen des Ortsparlaments, die Aufsicht über die Sitzungen und die Gegenzeichnung aller Beschlüsse durch die neugewählten Räte.¹¹⁸ Das waren offensichtlich Fehlinformationen, mit denen der kürzlich blamierte Chefredakteur Hinrichsen eine offensichtliche Stimmungsmache betrieb. Denn der Arbeiter- und Bauernrat hatte unmittelbar nach seiner Konstituierung seine Tätigkeit aufgenommen, nahm an den von ihm ausdrücklich als öffentlich erklärten Zusammenkünften der Gemeindevertretung teil und machte die Beratungen und Beschlüsse zu Lebensmittelfragen zu seiner alleinigen Sache. Das letzte Wort hatte aber die Zeitung mit einer recht verschlungenen Rechtfertigung zu den Sitzungen der Gemeindevertretung: "Ihr Stattfinden wird nicht bekannt gegeben; es kann also die Offentlichkeit nicht daran teilnehmen. Die Sitzungen sind also nicht öffentlich, sondern nach wie vor geheim."119

Die "Kaltenkirchener Nachrichten" – Konkurrenzblatt zu Hinrichsen – sahen das völlig anders und schilderten, dass Anfang Januar 1919 in "einer ausnahmsweise schwach besuchten Sitzung" das Ortsparlament dem örtlichen Arbeiter- und Bauernrat einen Vorschuss von 200 Mark zur Deckung der laufenden Kosten bewilligt habe. 120 Diese Meldung bewertete die "Kaltenkirchener Zeitung" wiederum in ihrem Sinne: Der Bericht von einer nicht angekündigten Sitzung der Gemeindevertretung sei "in die auswärtige Presse (…) lanciert" worden – die "Kaltenkirchener Nachrichten" wurden mit Lokalteil in Blankenese gedruckt. 121

Der Arbeiter- und Bauernrat befasste sich in der Gemeinde darüber hinaus auch mit bildungspolitischen Themen, insbesondere mit dem Schulsystem.¹²²

116 KaZ, 21.11.1918. Eine detaillierte Beschreibung der Wahlvorgänge in Kaltenkirchen findet sich bei Hoch, Scheitern, S. 89ff. Er stützte sich dabei allerdings allein auf den Bericht des Chefredakteurs der Kaltenkirchener Zeitung und berücksichtigt somit nicht, dass die spöttische und gegen die Räte gerichtete Reportage Hinrichsens auch von seiner mehrfachen persönlichen Abstimmungsniederlage geprägt war.

117 SKT, 22.11.1918; KaN, 21.11.1918.

118 KaZ, 5.12.1918.

119 KaZ, 1.1.1919.

120 KaN, 14.1.1919.

121 KaZ, 16.1.1919.

122 KaN, 16.1.1919.



Gerhard Braas Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg 47

Zentralisierungsbemühungen auf Kreisebene. Durch den direkten Zugang zum Amt von Landrat Otto Ilsemann nahm der Segeberger Arbeiterund Soldatenrat politischen Einfluss auf das örtlichen Geschehen im gesamten Kreisgebiet. Die Bildung von Arbeiter- und Bauernräten war zwar bereits in den meisten, aber noch nicht in allen Gemeinden erfolgt, allerdings handelten die örtlichen Gremien unabhängig voneinander und ohne einheitliche Orientierung. Als Reaktion darauf rief der Segeberger Arbeiter- und Soldatenrat gemeinsam mit dem Landrat am 23. November 1918 zur "Bildung von Ortsausschüssen" auf und veröffentlichten ein Handlungsprogramm, um im Kreisgebiet die Tätigkeit der lokalen Arbeiter- und Bauernräte zu vereinheitlichen:

- 1. Ordnungsgemäße Weiterführung und Sicherung der "Ernährungswirtschaft" durch Erfassung der vorhandenen Lebensmittel und Bekämpfung des "Schleichhandels";
- 2. Sicherung und Förderung der landwirtschaftlichen Produktion durch Bestellung aller Flächen, Beschaffung von Saatgut und Dünger sowie Bereitstellung der benötigten Arbeitskräfte;
- 3. Lösung der Lohnfrage und der Arbeitszeit durch Schaffung sogenannter "Ausgleichsstellen" von Arbeitnehmern und Arbeitgebern;
- Schutz der Person und des Eigentums auf dem Lande durch entsprechende Sicherheitsmaßnahmen und eventuelle Anforderung militärischer Hilfskommandos;
- Unterstützung der Demobilmachung durch Wiedereingliederung der zurückgekehrten Frontsoldaten und Verhinderung von Konkurrenz zwischen Kriegsgefangenen und inländischen Arbeitskräften.¹²³

Grundlage dieser Richtlinien war offensichtlich ein weiterer zentraler Aufruf "An die Landbevölkerung!", der von den landwirtschaftlichen Verbänden unterzeichnet, dann am 25.11.1918 im "Reichsanzeiger" amtlich veröffentlich wurde und zur "Bildung von Bauernund Landarbeiterräten" in jeder selbständigen Gemeinde aufrief. 124 Dieser Appell und die in diesem Zusammenhang auf Reichsebene geführte Diskussion, den entsprechenden Räten ausschließlich wirtschaftliche Aufgaben zuzubilligen¹²⁵, hatten keinen erkennbaren Einfluss auf die weitere Entwicklung im Kreis Segeberg. Dort wurden "Bauern- und Landarbeiterräte" im Sinne dieser Verlautbarung offensichtlich nicht gegründet. Die von Berlin aus öffentlich geforderte Beschränkung auf wirtschaftliche Aufgaben galt ohnehin nur für die reinen Bauernräte. Im Kreis Segeberg waren durch die bereits erfolgte Bildung von kombinierten Arbeiter- und Bauernräten vollendete Tatsachen geschaffen worden: Die Mitglieder handelten auf Augenhöhe und die Räte agierten "als politische Gremien mit Kontrollbefugnissen gegenüber der Verwaltung". 126

Am 26.11.1918 ging von der Gemeinde Struvenhütten die Initiative aus, den bisher allein lokal handelnden Räten eine überregionale Basis zu verschaffen. Der kleine Ort mit damals etwa vierhundert

123 SKT, 24.11. u. 1.12.1918.
124 LASH Abt. 309, Nr. 8303, Auszug aus dem Reichsanzeiger Nr. 278 vom 25.
November 1918: An die Landbevölkerung!
— Vgl. hierzu Muth, Entstehung.
125 Vgl. hierzu Muth, Entstehung,
S. 16ff und Wagner, Ruhe S. 316ff.
126 Muth, Entstehung, S. 21. Vgl. Stoltenberg, Strömungen, S. 29.



-

Gerhard Braas

Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg

Einwohnern liegt zwischen Kaltenkirchen und der Kreisstadt. Schriftführer Tietgen beantragte im örtlichen Arbeiter- und Bauernrat, den Segeberger Arbeiterrat zur Einberufung einer Zusammenkunft sämtlicher Räte "zwecks Gründung eines Kreisrates" aufzufordern. 127 Dieses Gremium solle dann dafür sorgen, dass in den anderen Kreisen Schleswig-Holsteins ähnlich verfahren werde, um anschließend einen Provinzialrat zu wählen. Der Antrag wurde angenommen und Tietgen selbst damit beauftragt, den Beschluss beim Segeberger Rat vorzubringen.

Der Segeberger Arbeiter- und Soldatenrat griff die örtliche Initiative umgehend auf. Alle Gemeinden, die mit der Bildung von örtlichen Räten noch "rückständig" seien, wurden mit einer auch vom Landrat unterzeichneten amtlichen Mitteilung nochmals aufgefordert, dass "die bisher unterlassenen Gründungen unverzüglich nachgeholt" werden müssten. 128

Und er organisierte umgehend eine "Versammlung des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates für den Kreis Segeberg". Hierzu wurden Abordnungen aller örtlichen Räte eingeladen, um zu einer "einheitlichen Behandlung aller uns gestellten Aufgaben" zu kommen. 129 Das "Segeberger Kreis- und Tageblatt" begrüßte das Vorhaben und erhoffte sich das "Gefühl der Beruhigung und Zuversicht für die Einwohner des Kreises". Jede "Eigenbrödelei der einzelnen Arbeiter- und Bauernräte" könne "unberechenbare Schäden nach sich ziehen". 130

Die Bildung des Kreisrates am 7. Dezember 1918 im vollbesetzten Segeberger Hotel "Germania" war eine Machtdemonstration des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates. Er selbst beanspruchte aus seinen eigenen Reihen alle elf Positionen jeweils für die Vertreter der Arbeiter und Soldaten. Die Versammlung beschloss, dieses Gremium "durch Vertreter des Bauernstandes zu einem Arbeiter-, Bauernund Soldatenrat zu ergänzen." Die elf Vertreter des Bauernrates sollten aus den 22 Amtsbezirken des Kreises entsandt werden. Diese wurden hierfür zu elf Bezirken zusammengefasst, aus denen ein Vertreter jeweils stimmberechtigt sein sollte: Geschendorf/Travental, Pronsdorf/Wensin, Blunk/Muggesfelde, Seedorf/Glasau, Stocksee/Bornhöved, Rickling/Wahlstedt, Bebensee/Leezen, Borstel/Nahe, Henstedt/Kaden, Kaltenkirchen/Kisdorf sowie Weddelbrook/Wiemersdorf. Eine weitere Stimme erhielt ein Vertreter des Bramstedter Arbeiter- und Soldatenrates.¹³¹

Damit überging der Segeberger Arbeiter- und Soldatenrat die Arbeiterräte im übrigen Kreisgebiet. Die Soldaten waren dem Segeberger Lazarett zugeordnet und Räte aus den großen Kriegsgefangenenlagern Bimöhlen und Springhirsch hatten kein Gewicht.

Die Segeberger hatten durch ihre Aktion die lokalen Amtsverwaltungen unter starken Termindruck gesetzt. Denn innerhalb einer Woche sollten vor Ort die Vertreter der Bauernräte gewählt werden, um dann unmittelbar darauf eine Vollversammlung in Segeberg stattfinden zu lassen.

127 KaZ, 3.12.1918. **128** SKT, 1.12.1918. **129** SKT, 3.12.1918. **130** SKT, 4.12.1918 **131** SKT, 8.12.1918. Vgl. KaZ, 10.12.1918.



49

Nur aus dem Amtsbezirk Kaltenkirchen sind die Vorgänge ausführlich dokumentiert. Die "Wahl eines Vertrauensmannes für die vereinigten Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte des Kreises Segeberg aus dem Amtsbezirk Kaltenkirchen" fand am 12. Dezember 1918 im "Holstenhof" statt. 132 Die Versammlung hatte "keine besonders rege Beteiligung gefunden". Das war stark untertrieben, denn es waren von den etwa 850 wahlberechtigten Einwohnern lediglich 32 anwesend. Unter ihnen auch Chefredakteur Hinrichsen von der "Kaltenkirchener Zeitung", der nach seinen Abstimmungsniederlagen vor vier Wochen bei der Wahl der örtlichen Räte noch einmal kandidierte und wiederum nur eine einzige – wohl seine eigene – Stimme erhielt.¹³³ So stand er sichtlich noch unter dem Zeichen seiner persönlichen Niederlagen, als er in seinem Blatt zu einem Rundumschlag gegen die Rätebewegung und insbesondere den Segeberger Rat ausholte: "Vielleicht glaubt man, dass die Räte-Regierungen und -Vertretungen doch bald wieder auseinander gejagt werden, vielleicht ist auch das schlechte Wetter an der geringen Wahlbeteiligung schuld. Viel Zweck hat die Wahl auch schon deshalb nicht, weil das Landgebiet und die großen Orte des Kreises gegenüber der Kreisstadt Segeberg im Kreisrat kaum etwas zu sagen haben werden. Der Arbeiterrat und der Soldatenrat in Segeberg stellen nämlich je 11 stimmberechtigte Vertreter, während die 11 Amtsvertreter des Kreises je einen Vertreter stellen. Wenn so die viel gepriesene Demokratie und das neue Recht im neuen Deutschland aussehen soll, dann gnade uns Gott, dann ist das Volk vielleicht noch schlechter dran als vor der Revolution, dann löst die eine Vergewaltigung die andere ab, und man kann noch nicht sagen, welche das kleinste Übel ist."134

Diese Einlassung des einflussreichen Schriftleiters war bis dato der schärfste und bissigste Zeitungskommentar gegen die lokale Rätebewegung.

Bezeichnend war, dass in Kaltenkirchen Stellmachermeister Hinrich Sielk als Kandidat für den Kreisrat aufgestellt wurde. Er war seit Jahren Vorsitzender des monarchistisch-reaktionären "Kriegerund Militärvereins für Kaltenkirchen und Umgebung", in welcher Funktion er die lokale Kriegspropaganda bei Kaisergeburtstagen, Sedanfeiern und Kriegsnagelung unterstützt hatte. ¹³⁵ Gegenkandidaten waren Landwirt Markmann aus Hasenmoor und Lehrer Ahlers aus Ulzburg. Die drei Bewerber waren in einer Versammlung der Arbeiter- und Bauernräte des Amtsbezirks aufgestellt worden. ¹³⁶ Auch in den anderen Orten – Nützen, Lentföhrden, Ulzburg, Hasenmoor, Schmalfeld und Kampen – war die Wahlbeteiligung sehr gering. Ahlers gewann mit 140, abgeschlagen waren Markmann mit 44 und Sielk mit 40 Stimmen.

Eine ähnlich verdrossene Stimmung wie in Kaltenkirchen zeigte sich auch in anderen Verwaltungseinheiten. Im Amtsbezirk Henstedt wurde Mühlenbesitzer J. Steenbock mit nur 26 Stimmen gewählt, in Borstel der Oeringer Mühlenbesitzer Frahm mit 55 Stimmen, in Kaden der Ellerauer Gärtner R. Göhns und in Kisdorf der Landmann

132 KaZ, 12.12.1918. **133** SKT, 15.12.1918; KaN, 14.12.1918.

134 KaZ, 14.12.1918. Auch zum Folgenden. Vgl. SKT, 15.12.1918 u. KaN, 14.12.1918.

135 Zur Kriegsnagelung in Kaltenkirchen vgl. Weblink: https://www.denk-mal-gegen-krieg.de/assets/Texte/3-Geschichte/SH-Kaltenkirchen-Nagelbid-Braas.pdf.
136 KaN, 10.12.1918.





Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg

Heinrich Brömmer.¹³⁷ Diese hatten wenigstens einen landwirtschaftlichen Hintergrund. Aus Kisdorf berichtete das "Segeberger Kreisund Tageblatt", dass die aus "der kleinen Stadt Segeberg" vorgegebene Mandatsverteilung zum Vorteil der Kreisstadt "hier allgemein als schreiend ungerecht empfunden" werde und "mit allen zu Gebote stehenden Mitteln angefochten werden" solle. Es bestand die Hoffnung, dass die Segeberger "die Unzweckmäßigkeit dieser Zusammensetzung einsehen" und sie selbst eine Änderung beantragen würden.¹³⁸

Als am 18. Dezember 1918 vormittags eine "Versammlung der vereinigten Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte des Kreises" im Kreishaus zusammenkam,¹³⁹ war davon keine Rede mehr. Es wurden lediglich "organisatorische und wirtschaftliche Fragen" besprochen.¹⁴⁰ Ansonsten war die Versammlung "nicht beschlussfähig", da – wie dargestellt – im Arbeiterrat am Nachmittag des gleichen Tages eine Neuwahl durchgeführt werden musste.¹⁴¹

Die auf Kreisebene gebildeten Räte waren offensichtlich nicht besonders wirksam. Als Vertreter des Amtsbezirks Kaltenkirchen im Kreisbauernrat berichtete Lehrer Ahlers Ende Dezember 1918, dass bisher "allerlei unverbindliche Besprechungen stattgefunden" hätten und kündigte eigene Initiativen zur Verbesserung der Ernährungssituation an: Kundenlisten für eine gerechtere Mehlverteilung, Herstellung von Mühlenprodukten auch außerhalb des Kreises zur besseren Effizienz und zunächst Versorgung des Kreises Segeberg mit Saatkartoffeln anstatt ihrer Ausfuhr für "Speisezwecke." Was mit diesen Anträgen geschah, die laut Lokalpresse "von einschneidender Bedeutung" waren, ist nicht weiter bekannt. 142

Um die Arbeitsfähigkeit der 34-köpfigen Räteversammlung des Kreises sicherzustellen, wurde Mitte Januar 1919 ein sogenannter "Vollzugsausschuss" gebildet. Ihm gehörten Johann Scheel, Carl Böttger, Carl Walsberg, Johannes Soltau sowie die Herren Kiencke und Korff an. Das waren alles bereits bekannte Namen aus dem Umfeld des Segeberger Arbeiterrates. 143 Die Rätebeigeordneten, die die Schleswiger Regierung kontrollierten, hatten diesen Vollzugsausschuss ausdrücklich anerkannt. Ihm wurden sämtliche Arbeiter- und Bauernräte des Kreises Segeberg unterstellt. 144

Der Sozialdemokrat Eduard Adler, Beigeordneter beim Regierungspräsidenten in Schleswig als Kontrollinstanz der Räte, formulierte Mitte Januar 1919 detaillierte "Richtlinien für Bauernräte von Schleswig-Holstein" und beschrieb darin das Zusammenwirken der Vollzugsausschüsse der Arbeiter- und Soldaten- sowie der Bauernräte. Diese hätten die Lebensmittelversorgung in den Kreisen zu überwachen und sicherzustellen. Dazu seien die örtlichen Räte angewiesen, "in dem Bezirke alle Höfe, Güter und Bauernstellen zu kontrollieren und über das Ergebnis an den Vollzugsausschuss des Kreise zu berichten". Sie hätten ferner "die Aufgabe, die Preisgestaltungen der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel sowie den Handel mit ihnen zu überwachen und scharf gegen jeden Schleichhandel, Hamsterei und dergleichen Stellung zu nehmen". Ausdrücklich her-

137 KaZ, 15., 17. u. 28.12.1918. **138** SKT, 15.12.1918. Vgl. KaN, 14.12.1918.

139 SKT, 17.12.1918.

140 KaZ, 21.12.1918.

141 KaZ, 29.12.1918

142 KaZ, 29.12.1918 u. 1.1.1919.

143 Bei den beiden zuletzt genannten Personen weichen die Schreibweisen der Namen und die Kürzel der Vornamen von früheren Veröffentlichungen ab.

144 SKT, 14.1.1919.

Die Herren Bertrauensmanner (Bab Bramkdt) werben hierburch zu einer

Versammlung

der vereinigten Arbeiter., Soldaten- und Bauernräte des Kreises

auf Mittwoch, den 18. d. Mts., vormittags 10 Uhr, im Signugeigale des Preidhaufes in Segeberg eingeladen. Da anger Mitteilungen, Anfragen und Anordaungen wichtige Fragen der Organisation und der Arbeitsweise zur Beitrechung Achen, ist as erwänscht, wenn zu dieser Bersammlung beide Bertrauensmänner der vereinigten Amtsbeziete erscheinen würden.

Der Arbeiters, boldaten: und Bauernrat.

blatt vom 17.12.1918: Die Versammlung der Vertrauensmänner endete ohne sichtbares Ergebnis

Einladung im Segeberger Kreis- und Tage-

vorgehoben wurde, dass der "Kreisvollzugsausschuss der Arbeiterund Soldatenräte" als oberste und unbestrittene Kontrollinstanz fungierte. 145

Der Vollzugsausschuss des Arbeiterrats Segeberg, der eine Woche vor den Wahlen zur Nationalversammlung gebildet worden war, ist allerdings nicht weiter öffentlich in Erscheinung getreten.

3. Ende der Rütebewegung. Nachdem Entstehung, Erscheinungsformen, Programmatik und Entwicklung der flächendeckend im Kreis Segeberg tätigen Rätebewegung dargestellt wurde, wird im Folgenden der Frage nachgegangen, welche Umstände und Schlüsselereignisse zum Niedergang und schließlich zum Ende der Rätebewegung in der Schleswig-Holsteinischen Provinz führten.

Schleichendes Ende – Überregionale Wahlen im Januar 1919. Am 19. Januar 1919 fand die Wahl zur "Deutschen Nationalversammlung" statt, eine Woche später wurde in Preußen die Verfassungsgebende Landesversammlung gewählt. Für beide Urnengänge galt erstmals das Verhältniswahlrecht und zum ersten Mal konnten Frauen ihre Stimme abgeben. In der dritten Dezemberwoche 1918 hatte der von den Mehrheits-Sozialdemokraten dominierte Reichsrätekongress die Weichen für die auch von den lokalen Räten so heftig geforderte Nationalversammlung¹⁴⁶ gestellt, einen frühen Wahltermin zum Jahreswechsel bestimmt, die Ausarbeitung einer Verfassung und die Ablösung des Rates der Volksbeauftragten durch eine demokratisch legitimierte Regierung zum Ziel gesetzt.

Der Wahlkampf stand unter dem Eindruck heftiger politischer und bisweilen blutiger Auseinandersetzungen: unter anderem der Berliner Weihnachtsunruhen mit dem Auszug der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragen, der KPD-Gründung, des Spartakusaufstandes sowie der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

Davon war im Kreis Segeberg kaum etwas zu spüren. Der Wahlkampf war abseits der Ballungszentren eher beschaulich und die **145** Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 301 Oberpräsidium zu Kiel (LASH Abt. 301), Nr. 1412, Richtlinien für Bauernräte von Schleswig-Holstein, 13.1.1919.



-

Gerhard Braas

Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg

Wahl zur Nationalversammlung – so der Bericht aus Kaltenkirchen – "verlief hier so ruhig, wie wohl selten eine Wahl verlaufen ist (…). Zwei Fuhrwerke sorgten dafür, dass Alte und Schwache zur Wahl kamen."¹⁴⁷ Mit einer Wahlbeteiligung von über 93 Prozent erzielte der Kreis Segeberg das Spitzenergebnis in Schleswig-Holstein.¹⁴⁸ Eine Woche später war das Interesse am Urnengang etwas geringer, was in der Lokalpresse heftig bedauert wurde.

Aus beiden Wahlen ging die SPD als stärkste Kraft hervor, allerdings verfehlte sie die absolute Mehrheit deutlich. 149

Stimmenanteil	Wahl zur	Wahl zur Preußischen
der SPD in Prozen	t Deutschen	Verfassungsgebenden
	Nationalversammlung	Versammlung
	19.1.1919	26.1.1919
Reich	37,9	_
Preußen	36,8	36,4
Kreis Segeberg	40,1	42,3
Stadt Segeberg	43,3	43,2
Bad Bramstedt	47,6	46,1
Kaltenkirchen	27,0	29,1

Die USPD erreichte bei beiden Wahlen insgesamt knapp unter acht Prozent, im Kreis Segeberg spielte sie keine Rolle und erhielt bei der Preußenwahl nur 48 Stimmen.

Beide überregionalen Abstimmungen führten zu bürgerlichen Mehrheiten. Die insgesamt hohe Wahlbeteiligung spiegelte ein von breiten Schichten getragenes Meinungsbild mit hoher Akzeptanz des Ergebnisses und führte sicher zu einem Legitimationsverlust der auf kaum repräsentativen Einwohnerversammlungen gewählten Räte. Schleichendes Ende – Kommunglwahlen im März 1919. Unmittelbar nach den Wahlen zur Nationalversammlung und zur Preußischen Verfassungsgebenden Landesversammlung bereiteten die Parteien und die örtlichen Verwaltungen in Schleswig-Holstein die ersten Kommunalwahlen vor. 150 die ebenfalls nicht mehr nach dem herkömmlichen Dreiklassenwahlrecht stattfanden. In den Ortschaften entwickelten sich rege Aktivitäten, so berichteten die Bramstedter Nachrichten: "Die Wahlbewegung ergreift hier erfreulicherweise immer weitere Kreise."151 Neben den Parteien beschäftigten sich auch einzelne Berufsgruppen und Ständevertretungen intensiv mit den bevorstehenden lokalen Wahlen.

Das führte in Bad Bramstedt dazu, dass nach einigen Dissonanzen über eine bürgerliche Einheitsliste die Handwerker und Landleute eigene Kandidaten präsentierten, die mit dem Vorschlag des "deutschdemokratischen Vereins" (DDP), des Kommunalvereins, der Handwerkerinnung und der Ladenbesitzer eine Listenverbindung eingingen. Gegen die beiden bürgerlichen Gruppierungen stellte der wiedergegründete SPD-Ortsverein achtzehn eigene Kandidaten auf. Bis auf Leo Sokolowski bewarben sich alle anderen Mitglieder des Arbeiterrates für die Sozialdemokraten um einen Sitz

146 Vgl. BN, 5.12.1918. **147** KaZ, 21.1.1919.

148 http://www.akens.org/akens/texte/diverses/wahldaten/NV1919.htm.

te/diverses/wahldaten/NV1919.htm.

149 Wahlergebnisse zusammengestellt
aus: BN, 21. u. 27.1.1919; KaZ, 21. u.
28.1.1919; SKT, 21. u. 28.1.1919;
http://www.akens.org/akens/texte/diverses/wahldaten/NV1919.htm;
http://www.gonschior.de/weimar/Deutschland/Uebersicht_RTW.html;
http://www.gonschior.de/weimar/Preussen/Uebersicht_LTW.html.

150 Vgl. z.B. BN, 3. u. 6.2.1919.

151 BN, 13.2.1919. Auch zum Folgenden.

152 BN, 15. u.18.2.1919.

Amtlicher Teil.

Vollzugsausschuß des Arbeiterrats Segeberg.

Bon ben Beigeordneten der Regierung in Schleswig ift ber Bollzugsausschuß des Arbeiterrats Segeberg aner-

Der Vollzugsausschuß besteht aus den Herren J. Scheel, C. Böttger, C. Walsberg, W. Korff, Joh. Soltan und G. Lienke.

Diesem Vollzugsausschriß sind sämtliche Arbeiter, und Bauernräte des Kreises unterstellt.

Segeberg, den 13. Januar 1919. Der Arbeiterrat Segeberg.

in der Stadtverordnetenversammlung – auf den Spitzenplätzen standen Gustav Schatz und Carl Jans als exponierteste Vertreter des Bramstedter Arbeiterrats.¹⁵³

Der kurze Wahlkampf war durchaus intensiv: Die "Bramstedter Nachrichten" veröffentlichten Inserate aller drei Listen¹⁵⁴ und SPD-Kandidat Michael Bohri wandte sich in einem Leserbrief gegen den "Geist der alten Vertretung", rief zur Wahl der sozialdemokratischen "Liste aller Bevölkerungsschichten von Bramstedt" auf, die "eine gerechte und nicht eine Klassenvertretung" garantiere. ¹⁵⁵ Das hatte wenig Erfolg, bei einer Wahlbeteiligung von knapp über 80 Prozent erreichte die SPD 42,3 Prozent und stellte damit acht von achtzehn Stadtverordneten. Mit Schatz, Jans, Gerth und Bohri zog nahezu der gesamte Arbeiterrat in die Stadtvertretung ein und sah sich einer bürgerlichen Mehrheit gegenüber. Von den früheren Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung wurde kein einziges wiedergewählt. ¹⁵⁶

Obwohl die Segeberger Sozialdemokraten in einem Ortsverein organisiert waren¹⁵⁷, wurden die Kommunalwahlen für die örtliche SPD zum Desaster. Zwei verbundene bürgerliche Listen, unterstützt vom Beamten-, Bürger-, Gewerbe- und Einzelhändlerverein, von Handwerkerbund und Landwirten, hatten eine intensiven Wahlkampf geführt und am Abstimmungstag eine "rege Schleppertätigkeit" zu den Wahlurnen organisiert. Es galt – wie das Segeberger Kreis- und Tageblatt resümierte –, "unter allen Umständen den Sieg des Bürgertums zu erreichen", während "eine Wahlagitation auf sozialdemokratischer Seite kaum zu merken war".¹⁵⁸ Bei einer Wahlbeteiligung von 76 Prozent stürzte die SPD im Vergleich zu den überregionalen Wahlen ab, erreichte nur noch 31,7 Prozent und stellte damit sechs der achtzehn Stadtverordneten. Die USPD hatte sich ebenfalls zur Wahl gestellt, endete bei 5,1 Prozent und verfehlte mit ihren 112 Wählern einen Sitz um eine einzige Stimme.

Von den sozialdemokratischen Stadtverordneten waren mindestens drei im Arbeiterrat aktiv gewesen: Carl Walsberg, Johannes Soltau und Johann Scheel. Soltau war exponierter Redner und Scheel

Segeberger Kreis- und Tageblatt vom 14.1.1919: Vollzugsausschuss mit Machtanspruch für dengesamten Kreis Segeberg

153 BN, 22.2.1919.
154 BN, 27.2 u.1.3.1919.
155 BN, 27.2.1919.
156 BN, 4.3.1919.
157 Vgl. 90 Jahre SPD Bad Segeberg.
Herausgegeben vom SPD-Ortsverein Bad
Segeberg. Bad Segeberg 1982. Vgl. zum
60. Jubiläum die "Segeberger Zeitung"
vom 17.11.1952.





-

Gerhard Braas

Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg

Vorsitzender des ersten Segeberger Arbeiterrates. ¹⁵⁹ Diesem hatten ebenfalls die beiden bürgerlichen Stadtvertreter Wilhelm Jansen und H. Ranninger angehört.

Auch in Kaltenkirchen stand eine aus den Berufsständen zusammengesetzte Gemeindevertretung im Vordergrund der Diskussion. Nachdem darüber in mehreren Wählerversammlungen kein Konsens erzielt werden konnte, standen schließlich drei Vorschläge zur Wahl – eine Liste der Beamten, Handwerker und Gewerbetreibenden, eine landwirtschaftlich geprägte aus dem Westteil des Ortes sowie eine Arbeiterliste, die von den noch nicht in einem Ortsverein organisierten Sozialdemokraten gebildet wurde. 160 Da für den Westen des Dorfes der Arbeiter Friedrich Timmermann an aussichtsreicher zweiter Stelle kandidierte, hatten die Sozialdemokraten einem Handwerker – Pantoffelmachermeister Mißfeldt – ihren Spitzenplatz abgetreten – sie wollten aus der Sache "keinen Vorteil schlagen" und "der Gerechtigkeit die Ehre geben". 161

Bei einer Wahlbeteiligung von 77,5 Prozent erzielten die berufsständische Liste 52,5 Prozent, der regionalbezogene Vorschlag 25 Prozent und die Sozialdemokraten 24,5 Prozent. Mitglieder der neunköpfigen Gemeindevertretung wurden Klempnermeister Gustav Lüders als Vertreter der Handwerker und Friedrich Henning von der Arbeiterliste. ¹⁶² Beide gehörten dem örtlichen Arbeiter- und Bauernrat an.

Die Kommunalwahlen am 3. März 1919 mit dem Ergebnis bürgerlicher Mehrheiten bildeten eine deutliche Zäsur. Mitglieder der lokalen Arbeiter- und Bauernräte zogen nun in die örtlichen Parlamente ein. Das führte insbesondere bei den Arbeiterräten zu einer deutlichen Schwächung und einem spürbaren politischen Substanzverlust, nachdem sozialdemokratische Räte für die SPD oder auf Arbeiterlisten kandidiert hatten und in die örtlichen Vertretungen übergewechselt waren. Personen, die bisher als Vertrauensleute für die Arbeiter- und Bauernräte gewirkt hatten oder politisch noch gar nicht in Erscheinung getreten waren, rückten aus der zweiten Reihe nach und konnten das entstandene Vakuum kaum ausfüllen.

Der schwindende Einfluss der Räte wurde auch dadurch deutlich sichtbar, dass die kommunalen Parlamente nunmehr ihre Arbeitsgremien – Fachausschüsse und Kommissionen – allein aus eigenem Ermessen bildeten. ¹⁶³

Zunächst waren die gewählten Sozialdemokraten sowohl in der Bramstedter Stadtverordnetenversammlung als auch im Arbeiterrat tätig. Diese Doppelrollen führten sofort zu Konflikten. Der Stadtverordnete und Arbeiterrat Gustav Schatz untermauerte auf der konstituierenden Sitzung des Stadtparlaments den Machtanspruch des örtlichen Arbeiterrats: Da die Stadt noch fast eintausend Zentner Kartoffeln zur Ernährung der Stadtbevölkerung abliefern müsse, habe der Arbeiterrat die Kartoffelmieten beschlagnahmt, eine Öffnung ohne seine Einwilligung untersagt und drohe jetzt mit Enteignung, falls die Stadt der Lieferungsverpflichtung nicht nachkomme. 164 Die bürgerlichen Stadtverordneten hielten dagegen und ihr Sprecher Au-

159 Die beiden Stadtverordneten Heinrich Schröder und Heinrich Schmidt waren womöglich auch Arbeiterräte und wurden in den Zeitungen mit abweichenden Vornamen benannt.

160 KaZ, 8., 11., 13., 15. u. 18.2.1919; BN, 13.2.1919. Vgl. SKT, 13.2.1919.

161 KaZ, 20.2.1919.

162 KaZ, 4.3.1919.

163 StABB, Az. A.b.00-6, S. 203ff., Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 14.3.1919.

164 BN, 18.3.1919.



5

gust Kühl verlangte die Auflösung des Arbeiterrats: "Die jetzige Stadtvertretung verkörpere in sich besser den Willen der Einwohnerschaft als der Arbeiterrat." Die Vertreter der SPD verwiesen darauf, dass nur die Regierung die Arbeiterräte abschaffen könne, hatten aber ein feines Gespür für ihren bevorstehenden Machtverlust. So vermutete Gustav Schatz, dass "recht bald die Umwandlung des Rats in eine rein wirtschaftliche Körperschaft erfolgen werde".¹65

Bald nach den Kommunalwahlen wurden in Bad Bramstedt und in Segeberg neue Rätegremien gebildet.

Die in Bad Bramstedt Ende März 1919 getrennt durchgeführten Wahlen eines neuen Arbeiter- und auch eines Bauernrats entsprachen vor allem den formalen Anforderungen zum Weiterbestehen dieser Gremien und bestätigten die Ergebnisse der Kommunalwahl.

Den Arbeiterrat unter dem Vorsitz von "Sparkassengegenbuchführer" Gustav Seller¹⁶⁶, der vom Beamtenverein und der DDP gestützt wurde, bildeten drei Bürgerliche – neben Seller der Briefträger A. Schwarz und der Meiereiverwalter H. Hülsen – sowie drei Sozialdemokraten – der Arbeiter Peter Frahm, der Zimmerer Max Tietjens und der Maurer Hermann Franck.

Im Bauernrat waren die Mehrheitsverhältnisse zunächst fünf zu eins: Gustav Steffens, Otto Köhler, Hinrich Sievers, Jürgen Zimmer und Fritz Delfs waren vom "Bad Bramstedter Bauernbund" unterstützt worden, Landmann August Uhmeyer war als einziger vom "Wahlausschuss der kleinen Landleute" erfolgreich im Bauernrat platziert worden. Von dieser Liste ersetzte wenig später Heinrich Ramm den Bürgerlichen Fritz Delfs.¹⁶⁷

Die lokalen Räte erhielten aus den kommunalen Kassen gegen einen entsprechenden Nachweis eine behördlich garantierte Aufwandsentschädigung und Kostenerstattungen für entgangenen Arbeitslohn. Nach den Kommunalwahlen wurde in Bad Bramstedt die Vergütung für die Räte von bürgerlicher Seite wiederum in Frage gestellt. Nachdem die zugestandene Summe von 2000 Mark verbraucht worden war, stellte der Arbeiterrat in der Stadtverordnetenversammlung den Antrag auf Bewilligung weiterer 1000 Mark für seine Tätigkeit. Nach "einer lebhaften Aussprache" und nachdem sich die Sozialdemokraten auf eine Regierungsverfügung berufen hatten, gewährte die Versammlung 350 Mark 170 – weitere finanzielle Zuwendungen hat es für den Bramstedter Arbeiterrat offensichtlich nicht mehr gegeben.

Seine letzte öffentliche Aktion war Anfang März 1918 der Protest gegen den geplanten Abriss des Bramstedter Hotels "Holsteinisches Haus." Er endete nur mit einem Teilerfolg: Die beabsichtigte Linderung der Wohnungsnot wurde nicht erreicht, allerdings wurde der Gastronomiebetrieb wie bisher weitergeführt.¹⁷¹

Der Segeberger Arbeiterrat wurde ebenfalls Ende März 1919 neu gebildet, nachdem drei Wahlvorschläge veröffentlicht worden waren. Für die Berufsgruppe der Beamten und Angestellten waren Lehrer Marquart Jessen, Redakteur Rudolf Jacoby und Briefträger Alex Hamann die Spitzenkandidaten. Für die Mehrheitssozialisten kandi-

165 BN, 20.3.1919.

166 BN, 5.12.1918; KaZ, 3.4.1919

167 BN, 22., 25., 27., 29.3. u. 1.4.1919.

168 SKT, 9.2.1919.

169 BN, 5.4.1919.

170 BN, 5.4.1919. Vgl. StABB, Az. A.b.00-6, S. 208ff., Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 1.4.1919.

171 BN, 8.2., 1., 8. u. 11.3. sowie 6.5.1919. Das Gebäude ist inzwischen abgerissen, heute steht dort ein Sparkassenhochhaus.



-

Gerhard Braas

Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg

dierten die "Parteimitglieder" Zimmerer Carl Böttger, Kaufmann H. Lorenzen und Arbeiter C. Ramm an vorderster Stelle, der Erstgenannte war im Arbeiterrat bereits an exponierter Stelle tätig gewesen. Schließlich präsentierte auch die USPD einen eigenen Vorschlag mit dem Zimmerer Friedrich Bargholz, dem Zigarrenarbeiter Karl Leseberg und dem Zimmerer Heinrich Leseberg auf den ersten drei Listenplätzen. 172

Bekannt ist, dass der Sozialdemokrat Lorenzen den Vorsitz des Arbeiterrats übernahm¹⁷³ und das Gremium weiterhin sein Büro unterhielt. Der Antrag Lorenzens auf eine Aufwandsentschädigung wurde Anfang Mai 1919 von den städtischen Kollegien mit der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt, nachdem Bürgermeister Wilhelm Kuhr erklärt hatte, dass nach der Wahl der Stadtverordnetenversammlung "eine Aufsicht durch den Arbeiterrat überflüssig sei".¹⁷⁴

Der Vollzugsausschuss ermahnte Mitte Mai 1919 die Betriebe der Stadt Segeberg, den achtstündigen Arbeitstag einzuhalten. Die Drohung, "dass Zuwiderhandelnde von jetzt ab unnachsichtlich zur Rechenschaft gezogen werden", blieb vermutlich ohne praktische Konsequenzen.¹⁷⁵

Sichtbares Ende – Sicherheitswehren. Die unmittelbar nach Kriegsende herrschende Unsicherheit auf den Straßen, die von den Zeitungen fast täglich beklagte Kriminalität sowie die unkontrollierten Hamsterkäufe hatten sich im Frühjahr 1919 weiter fortgesetzt. Als Gegenmaßnahme wurden in Preußen Sicherheitswehren gegründet, die auch als Volks-, Einwohner-, Bürger- und Schutzwehren bezeichnet wurden. Parallel zu ihrer Entstehung wurde die weitere Bedeutungslosigkeit der Arbeiter- und Bauernräte öffentlich sichtbar.

Nachdem bereits im Februar 1919 vereinzelt Sicherheitswehren im Segeberger Kreisgebiet initiiert worden waren, wurden sie nach den Kommunalwahlen flächendeckend eingerichtet.¹⁷⁶

Die Bildung derartiger bewaffneter paramilitärischer Organisationen erfolgte auf Veranlassung oder zumindest im Einklang mit den örtlichen Arbeiter- und Bauernräten – so zumindest ihr Anspruch. Das entsprach durchaus ihren ordnungspolitischen Vorstellungen. Der Volksrat der Provinz Schleswig-Holstein hatte dazu diverse Regierungsanweisungen herausgegeben: "Die Organisation und verantwortliche Leitung einer Schutzwehr ist Sache des Arbeiterrates des betreffenden Ortes", die örtlichen Sicherheitskräfte bedürften einer Genehmigung durch den Volksrat¹⁷⁷ und müssten bis zur Hälfte aus Angehörigen der Arbeiterschaft oder aus SPD-Mitgliedern bestehen. 178 Das entsprach nicht mehr den herrschenden Machtverhältnissen in den Kommunen, eine nachfolgende Anordnung schwächte dann die Position der Räte weiter: Für die Bildung der örtlichen Wehren waren letztlich die lokalen Kreis- und Gemeindebehörden "unter Mitwirkung" der Arbeiter- und Bauernräte zuständig.179

In Kaltenkirchen spielten Vertreter des Arbeiter- und Bauernrates der Gemeinde keine Rolle bei der Gründung einer "Volkswehr".

172 SKT, 21.3.1919.

173 LASH, Abt. 309, Nr. 6993, Schreiben von H. Lorenzen als Vorsitzender des Segeberger Arbeiterrats an den Beigeordneten beim Regierungspräsidenten Schleswig, 14.5.1919.

174 BN, 3.5.1919.

175 SKT, 13.5.1919.

176 Sie entstanden nachweislich in Bad Bramstedt, Hagen, Hartenholm, Kattendorf, Kisdorf, Lentföhrden, Oersdorf, Schmalfeld, Stuvenborn, Ulzburg und Wakendorf. KaZ, 23.2., 8.3., 11.3., 24.4. u. 29.4.1919; KaN, 24.2., 11.3., 28.3., 10.4., 23.4., 5.5., 28.5., 2.6. u. 7.6.1919; BN 8.5.1919.

178 SKT, 2.4.1919; KaZ, 13.4.1919. **179** KaN, 23.4.1919.



57

Zwecks Gründung einer Schutzwehr

für unsere Stadt fordern wir alle wehrfähigen Einwohner auf, am Sonnabend, den 26. d. Mts., 8 Uhr abends, bei Herrn Hesebeck zu erscheinen.

G. Seller, Vors. d. Arbeiterrats. O. Köhler, Vors. d. Bauernrats. A. Kühl, Vors. d. Bärgervereins

Nachdem dazu "alle Einwohner, die Ruhe, Ordnung und Sicherheit wünschen", aufgefordert worden waren, wurde am 16. April 1919 die "Kaltenkirchener Sicherheitswehr" unter Leitung von Gemeindevorsteher Ernst Schümann gegründet. 180 Die Kosten für die 137 Männer trug die kommunale Kasse, das Segeberger Landratsamt stellte zehn Gewehre zur Verfügung und eigene Waffen durften auch benutzt werden. 181 Die paramilitärische Organisation, nach außen hin zum Schutz gegen das "lichtscheue Gesindel"182 gegründet, war offen gegen die russischen Gefangenen aus dem Lager Springhirsch gerichtet. Diese durften tagsüber das Lager verlassen, hielten sich aber nicht immer daran und waren nach Darstellung der "Kaltenkirchener Zeitung" gemeinhin "zu einer Nachtplage für die umliegenden Dörfer" geworden. 183 Die daraus resultierenden Konflikte mit dem Lagerkommandanten wurden durch Gemeindeverwaltung, Sicherheitswehr und Ortspresse ausgetragen. Der Arbeiter- und Bauernrat trat nicht mehr in Erscheinung, das Gleiche galt für den Soldatenrat Springhirsch, der zu diesem Zeitpunkt offensichtlich nicht mehr existierte.184

Der Bramstedter Arbeiter- und Soldatenrat hatte – wie dargestellt – im Februar 1919 zum Schutz der äußeren Landesgrenzen aufgerufen – diese Aktivitäten waren nach ausdrücklichem Hinweis des Volksrates aber von der Organisation örtlicher Sicherheitswehren zu trennen. Zeherheitswehren zu trennen. Zeherheitswehren zu trennen. Zeherheitswehren zu trennen des Gründung einer Schutzwehr" appellierten Ende April 1919 Gustav Seller als Vorsitzender des Arbeiterrates, Otto Köhler für den Bauernrat und August Kühl für den Bürgerverein gemeinsam an "alle wehrfähigen Männer" in Bad Bramstedt. Zunächst wurde ein vorläufiger Ausschuss zur Mitgliederwerbung gebildet, dem Gustav Seller und Otto Köhler noch angehörten. Der Gustav Seller und Otto Köhler noch angehörten.

Seller leitete zwar am 4. Mai 1919 die konstituierende Sitzung der Bramstedter "Einwohnerwehr" mit ihren 170 Männern, wurde im zuständigen Ausschuss allerdings nur Beisitzer. Vorsitzender wurde Bürgermeister Reimer Jensen. Am 30. Mai 1919 besprach die Stadtverordnetenversammlung die finanziellen Mittel für die Sicherheitskräfte – gegen den Protest der SPD, die ein ungesetzliches Zustandekommen der Einwohnerwehr reklamierte und ihr das Recht

Ordnungsmacht Arbeiterrat: Aufruf zur Gründung einer Sicherheitswehr

180 KaZ, 18.4 u. 26.4.1919; KaN, 25.4.1919. Vgl. KaN, 13.5., 28.6. u. 6.8.1919. KaZ, 29.3., 5.4. u. 13.4.1919; KaN, 26.3. u. 29.3.1919 **181** KaZ, 18.4.1919. Vgl. KaN, 14.4. u. 19.4.1919.

182 KaZ, 13.5.1919. Vgl. BN, 29.4.1919.

183 KaZ, 20.5.1919.

184 Zur Sicherheitswehr im Zusammenhang mit dem Kriegsgefangenenlager
Springhirsch vgl. insgesamt Braas, Kriegsgefangenenlager. Die Aufstellung der Sicherheitswehr sieht Hoch nicht in Verknüpfung mit dem Kriegsgefangenenlager
Springhirsch und vermutet als Hauptmotiv, "den konterrevolutionären Trend mit Hilfe eines bewaffneten Instruments zu stärken". Hoch, Scheitern, S. 128.

185 KaZ, 5.4.1919.

186 BN, 26.4.1919.

187 BN, 29.4.1919; KaZ, 29.4.1919. Vgl. Platte, Bad Bramstedt.





Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg

zum Tragen von Waffen absprach. 188 Das blieb erfolglos, denn Ende Juni 1919 wurden vom Segeberger Landrat 257 Gewehre und acht Kisten scharfe Munition nach Bad Bramstedt gesandt. 189

Als der inzwischen zum Oberpräsidenten in Schleswig aufgestiegene Sozialdemokrat Heinrich Kürbis schließlich Mitte Mai 1919 verfügte, dass "in allen Orten nach Möglichkeit Sicherheitswehren zu errichten" seien, 190 hatten die Räte ihren Einfluss bereits verloren. Die paramilitärischen Organisationen waren längst vom konservativen Bürgertum übernommen, gestützt und personell besetzt worden und bestimmten als Ordnungsmacht das Straßenbild. **Auflösungserscheinungen und formelles Ende.** Nach den Kommunalwahlen wurde der Machtverlust der Arbeiter- und Bauernräte auch formal eingeleitet und vollzogen. Die Anfang März 1919 neu gewählten Vertretungen übernahmen jetzt die Kontrolle ihrer örtlichen Gemeindeverwaltungen und die Räte hätten – so die Mitteilung des Schleswiger Regierungspräsidenten vom 29. April 1919 – "nur in wirtschaftlichen und sozialen Fragen als Beirat mitzuwirken". 191

Derartige Fakten waren in Kaltenkirchen offenbar bereits vor der Kommunalwahl geschaffen worden. Mit einer amtlichen Mitteilung zum Fleischverkauf – unterzeichnet durch Gemeindevorsteher Ernst Schümann und durch Gustav Lüders vom Arbeiter- und Bauernrat – trat dieser letztmalig öffentlich in Erscheinung. 192

Der preußische Innenminister überließ es schließlich Ende Mai 1919 den kommunalen Parlamenten selbst, über das weitere Schicksal der Arbeiter- und Bauernräte zu entscheiden: "Da die Kontrolle der Gemeindeverwaltung der neugewählten Gemeindevertretung zusteht, hat diese auch als Ausfluss der Selbstverwaltung selbständig darüber zu entscheiden, ob neben ihrer eigenen Tätigkeit die Kontrolle des Arbeiterrates noch erforderlich erscheint oder ob sich eine solche fernerhin erübrigt. Als Aufsichtsbehörde steht mir ein Zwangsrecht zur Einwirkung auf die Entschließung der Gemeindevertretung in dieser Hinsicht nicht zu. Es ist selbstverständlich erwünscht, diese Frage von Fall zu Fall so zu regeln, dass Reibungen vermieden werden."¹⁹³

Damit war im Kreis Segeberg das Ende der Arbeiter- und Bauernräte besiegelt. Nachdem der preußische Innenminister in einem Parlamentsausschuss seine Position auch öffentlich gemacht hatte, legten die drei Vertreter aus der Gruppe der Beamten und Angestellten kurzerhand ihre Ämter im Segeberger Arbeiterrat und Vollzugsausschuss nieder. Marquart Jessen, Rudolf Jacoby und Hans Tönnies beriefen sich darauf, dass für die Tätigkeit der Räte "kein Platz mehr" sei. 194

Es ist nicht bekannt, ob es in den kommunalen Vertretungen im Kreis Segeberg formale Abstimmungen über das weitere Schicksal der Arbeiter- und Bauernräte gegeben hat. Offensichtlich war das obsolet geworden, nachdem der preußische Innenminister laut Bericht der "Bramstedter Nachrichten" vom 31. Mai 1919 erklärt hatte, "dass für die Arbeiterräte kein Raum mehr vorhanden sei in dem demokratischen Ausbau der Gemeindeverwaltung".195

188 BN, 3.6.1919. Vgl. StABB, Az. A.b.00-6, S. 220, Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 30.5.1919.

189 Platte, Bad Bramstedt.

190 BN, 13.5.1919.

191 LASH, Abt. 309, Nr. 6993, Telegramm des Regierungspräsidenten an den Segeberger Stadtverordnetenvorsteher Vogt, 29.4.1919. Zu den Auseinandersetzungen über die Beschränkung der Bauernräte auf rein wirtschaftliche Fragen vgl. Muth, Entstehung, S. 14ff.

192 SKT, 21.2.1919.

193 LASH, Abt. 309, Nr. 6993, Schreiben des preußischen Innenministers an den Schleswiger Regierungspräsidenten vom 22.5.1919.

194 SKT, 3.6.1919.



Da ben Schlachtern für biefe Boche tein Schlachtvich angewiesen ift, tommt am Greitag, den 21. d. Wits., bon mittags 8 Uhr an. auf Freibant Rindfleifch gum Bertauf gegen Fleischmarten. Kaltenkirchen, 18. Febr. 1919. Der Gemeindevorfteber. Ernst Schumann. Der Mis und BisRat. Guffan Liiders.

Segeberger Kreis- und Tageblatt vom 21.2.1919: Klempnermeister Gustav Lüders unterzeichnete die letzte Mitteilung des Kaltenkirchener Arbeiter- und Bauern-

Die Ende Juni 1919 durchgeführte Rätekonferenz der Provinz Schleswig-Holstein beriet "zu der Frage des Fortbestehens der Arbeiterräte und über die Sicherstellung der Mittel für sie". Ihre Klagen über die Beschneidung ihrer Befugnisse durch Ministerialerlasse und über die Macht der Landräte, ihre Forderung, "das System der Arbeiterräte unbedingt zu erhalten", und ihre Resolution, die Bestimmungen des Friedensvertrages zur Auflösung der Räte energisch zu bekämpfen, blieben letztlich ohne Wirkung. 196

4. Fazit. Für die Revolutionszentren Hamburg und Kiel als auch für Provinzstädte mit nennenswerter Industriestruktur wie Neumünster stand sicher eine politische Richtungsentscheidung zur Debatte: "Die entscheidende Frage in den Wintermonaten 1918/19 war die nach der zukünftigen politischen Ordnung zwischen den Anhängern des Rätesystems nach sowjetischem Vorbild und den Vertretern der repräsentativen parlamentarischen Demokratie, wie sie vom ,Rat der Volksbeauftragten' und fast allen Parteien der Weimarer Nationalversammlung angestrebt wurde."197 Derartige Urteile über die Brennpunkte der Novemberrevolution und der Rätebewegung können allerdings nicht auf die regionalen Geschehnisse übertragen werden.

Für die Arbeiter- und Bauernräte im ländlichen Kreis Segeberg stand die Alternative "Räterepublik oder parlamentarische Demokratie" nicht auf der Tagesordnung. Es ging von Anfang an vielmehr um die Bewältigung der drängenden Alltagsprobleme, die von ihnen nicht verursacht waren. Die ländlichen Räte entstanden aufgrund behördlicher Anordnungen, damit sie die landwirtschaftliche Produktion aufrecht erhielten, die Ernährung der ausgezehrten Bevölkerung sicherten und als stabilisierender Faktor in der Region für Ruhe und Ordnung sorgten.

195 BN, 31.5.1919.

197 Heggen, Neumünster, S. 120.





Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg

Segeberger Kreis- und Tageblatt vom 3.6.1919: Die bürgerlichen Mitglieder sprengten den Segeberger Arbeiterrat.

Arbeiterrat.

Am 26. Mai erklärte ber Minister des Innern auf eine Anfrage des demokratischen Abgeordneten Dominicus im Staatshaushaltsausschuß für das Ministerium des Innern, daß die Arbeiterräte, die, solange nicht die Gemeindewahlen auf demokratischer Grundlage erfolgt waren, als Kontrollorgane zu sungieren hatten, da, wo diese Stadtverordnetenwahlen beziw. Gemeindebertreterwahlen nunmehr erfolgt sind, ihre Bedeuming verloren haben, also für ihre Betätigung kein Platz mehr ist. In Segeberg haben diese Wahlen stattgefunden. Die unterzeichneten Mitglieder des Segeberger Arbeiterrats und des Vollzugsausschusses sehen damit ihre Tätigkeit als beendet an und legen mit dem heutigen Tage ihre Aemter nieder.

Segeberg, den 1. Juni 1919.

Jessen, Tönnies, Lehrer. Banklassierer. Jacobh. Schriftleiter.

Mit den ländlichen Arbeiter- und Bauernräten wurde der ursprüngliche Rätegedanke auf den Kopf gestellt. Es waren keine beschlussfassenden und zugleich ausführenden Institutionen, es gab auch keine permanent tagenden Volksversammlungen. Die Räte waren vielmehr personell sehr überschaubare und durchaus politische Gremien zur Kontrolle des weiter bestehenden überkommenen Behördenapparates sowie der kommunalen Vertretungen, die nach dem Dreiklassenwahlrecht gebildet worden waren und zunächst ebenfalls unverändert bestehen blieben.

Die Forderung nach einer verfassungsgebenden Nationalversammlung und das Überwechseln ihrer exponiertesten Vertreter in die kommunalen Parlamente verdeutlichen das Selbstverständnis der örtlichen Räte als Übergangsregelung in der Phase der Ablösung der Monarchie durch eine parlamentarische Republik. In der Zeit dieser Interimsphase waren die Arbeiter- und Bauernräte im Kreis Segeberg ihren Aufgaben gerecht geworden. Die von der Novemberrevolution ausgehende Rätebewegung scheiterte in erster Linie in den Revolutionszentren und sicher nicht durch die Ereignisse in der Schleswig-Holsteinischen Provinz.

Die örtlichen Räte, deren Entstehung, Zusammensetzung und Aufgaben ein durchaus uneinheitliches Bild ergab, agierten weitgehend isoliert von der Rätebewegung in den größeren Städten. Lediglich in ihrer Gründungsphase gab es einige Koordinierungsbemühungen. Frauen spielten politisch noch keine nennenswerte Rolle.

Die von der Novemberrevolution sofort proklamierte Pressefreiheit richtete sich in der Provinz gegen die Räte. Alle vier Zeitungen, die aus dem Kreisgebiet mit einem Lokalteil berichteten, standen ihnen von Anfang an skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Die Räte verzichteten nach den überregionalen und kommunalen Wahlen weitgehend auf einen eigenen Machtanspruch, wehrten sich kaum gegen den Verlust von politischem Einfluss, ihre Beschrän-



Gerhard Braas Novemberrevolution und Rätebewegung im Kreis Segeberg 61

kung auf wirtschaftliche Aufgaben und ihr schleichendes Ende. Die bürgerlichen Mehrheiten in den örtlichen Parlamenten führten schließlich dazu, dass die Räte ihre Legitimation in der Bevölkerung weitgehend einbüßten.

Eine Unterscheidung zwischen Arbeiter- und Soldatenräten einerseits und den Bauernräten als "Signalen der Konterrevolution" 198 andererseits wird von den vorhandenen und verwendeten (Zeitungs-)Quellen nicht gestützt. Die Rätegremien im Kreis Segeberg besaßen eine weitgehend einheitliche Ausrichtung, in welcher Konstellation und Kombination auch immer. Dies wurde nicht zuletzt abgesichert durch die Unterstellung unter den SPD-dominierten Segeberger Rat, auch wenn an der Spitze einiger örtlicher Organisationen Landwirte waren, "die in Opposition zur Sozialdemokratie und zum Teil auch zur Demokratie überhaupt standen". 199

Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte leisteten gemeinsam ihren Beitrag beim Übergang vom Kaiserreich zu einer parlamentarisch-republikanischen Demokratie und waren, wie Eduard Adler mit Blick auf die Bauernräte feststellte, "ein Kind der Not des Volkes und ein Versuch, die Selbstverwaltung auf dem Lande in gesunde Bahnen zu führen"²⁰⁰ – eben Krisenbewältigung anstatt Revolution und Umsturz in der Schleswig-Holsteinischen Provinz.

198 Hoch, Scheitern, S. 89.

199 Rudolf Rietzler, "Kampf in der Nordmark". Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919 -1928). Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins. Band 4, S. 86

200 LASH Abt. 301, Nr. 1412, Richtlinien für Bauernräte von Schleswig-Holstein, 13.1.1919.



